

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4596

Inseratenpreis: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Blauvorchrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Nachnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Die Berliner Presse über den Obersten Rat. Ein Kompromiß über Oberschlesien wahrscheinlich.

Berlin, 10. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit schreibt zu den gestrigen Auseinandersetzungen zwischen Lloyd George und Briand, daß die Rede Briands durchaus nicht von jenem harren und unversöhnlichen Geist beherrscht zu sein scheint, den die französischen Nationalisten ihrem Ministerpräsidenten monatelang empfohlen hatten. Es sei nun möglich, daß das Kompromiß, auf das man zusteuert, als Entschädigung für die Aufgabe der bisherigen Auffassung über die ober-schlesische Frage gewisse Zugeständnisse an die innerpolitischen Bedürfnisse des französischen Ministerpräsidenten enthält. In welcher Richtung sie sich bewegen werden, weiß man heute noch nicht. Jedenfalls kann man aber hoffen, daß die Entscheidung über Oberschlesien ein glücklicherer Beschick zeigen wird, als man anzunehmen Grund hatte, und man darf weiter hoffen, daß diese Entscheidung, auch wenn sie für Deutschland günstig sein sollte, in Polen nicht so aufgenommen wird, daß eine dauernde Verstimmung gegenüber Deutschland zurückbleiben könnte. Oft genug schon haben wir darauf hingewiesen, wie eng verbunden die deutschen und polnischen Interessen miteinander sind. Auch die deutsche Regierung hat noch vor kurzem erklärt, daß sie alles tun werde, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu Polen wieder in Gang zu bringen, wenn erst die ober-schlesische Frage geregelt sei, und daß Polen keine wirtschaftlichen Nachteile erfahren sollte, auch wenn die Entscheidung über Oberschlesien nicht so ausfallen sollte, wie der polnische Nationalismus es gewünscht hätte. So sehr wir geneigt sind, derartigen Äußerungen mit Mißtrauen zu begegnen, so muß doch in diesem Falle gesagt werden, daß selbst die vorsichtigste Regierung Deutschlands nichts anderes tun kann, als an einer möglichst schnellen Herstellung guter wirtschaftlicher und politischer Beziehungen nicht nur zu Polen, sondern auch zu dem übrigen Osteuropa zu arbeiten.

Auch der Vorwärts sagt: „Alles in allem hat es den Anschein, daß es zu einem französisch-englischen Kompromiß kommen wird, allerdings nicht in dem Sinne, wie es die französischen Chauvinisten sich gedacht haben. Wenn auch mit einem ungeteilten Oberschlesien kaum mehr zu rechnen ist, so wissen wir doch, daß die wirtschaftliche Teilung, wie sie die Korfanti- und später die Stora-Linie vorsah, als abgetan angesehen werden kann. Freilich bedeuten schon die heutigen Vorschläge der englischen Regierung den Verlust der Kreuze Pleß und Agnau, also der wichtigsten Kohlen-vorratslager, auf die sich die vorarbeitende Industrie Oberschlesiens stützt. Schon dies greift stark in die wirtschaftlichen Zusammenhänge ein, die nach deutscher Auffassung nicht geteilt werden dürfen, ohne die Lebensfähigkeit Oberschlesiens zu gefährden.“

Die Wossische Zeitung schreibt: „Entscheidend für die Beurteilung der Lage, die gestern in den Beratungen des Obersten Rates eingetreten ist, ist der Wortlaut der Instruktion für die Sachverständigen. Nach der hier vorliegenden Fassung des Havas-Kommunique soll ein Beschluß vorliegen, der die Sachverständigen anweist, die Industriegebiete im engeren Sinne Deutschland zuzuwenden. Es wäre überflüssig, auf Grund dieser Fassung, die nicht-klarheit durch Uebersetzungs- und Uebersetzungsfehler in den entscheidenden Punkten verändert oder ungenau ist, irgendwelche Schlüsse zu ziehen. Diese Vorsicht ist doppelt notwendig, weil gerade die entscheidenden Punkte in mehreren Fassungen aus Paris gemeldet werden.“

Dieselbe Zeitung gibt aus der Tribuna in Rom folgendes wieder: „Die ratlose Haltung der italienischen Sachverständigen erklärt sich daraus, daß sie so die Haltung der italienischen Abordnung zu unterstützen suchen, von der man bis gestern noch nicht bestimmt wußte, auf welche Seite sie sich schlagen werde. Doch sei heute klar, daß Italien den englischen Gesichtspunkt zu demselben machen werde, so daß sich nur zwei Möglichkeiten ergeben: Entweder Frankreich wird nachgeben oder die Konferenz muß, um den Zwiespalt der Verbündeten nicht noch zu vertiefen, verschoben werden.“ Der Korrespondent hält es für wahrscheinlich, daß Frankreich nachgeben wird, jedoch nicht, ohne deutlich zu erklären, daß es sich nicht als unterlegen betrachtet und es den Beweis dafür erbringen werde, wenn es nach Erledigung der ober-schlesischen Frage mit der Unterstützung von Belgien für eine Beibehaltung der Sanktionen eintreten werde.

Wiederaufnahme der Sachverständigenberatungen.

Paris, 9. August. (W. V.) Um 3 1/2 Uhr nachmittags sind die juristischen Sachverständigen und die alliierten Kommissare in Doppelgarn dem Wunsche Lloyd Georges zu einer Sitzung zusammengetreten. Wie die Havas-Agentur mitteilt, ist es wahrscheinlich, daß die Sachverständigen, wenn sie sich auf die vom englischen Premierminister vorgeschlagenen Grundzüge einigen können,

ihre Konklusionen nach den Reden des französischen und des italienischen Ministerpräsidenten, die heute in der Nachmittags-sitzung des Obersten Rates erwartet werden, mitteilen werden.

Paris, 10. August. Nach dem Temps lauten die neuen Vorschläge, die den Sachverständigen für ihre Beratungen gegeben worden sind, wie folgt:

1. Jede Stimme muß nach ihrem Werte in Betracht gezogen werden. Man kann nicht zulassen, daß die Stimme eines Bauern mehr wert sei als die eines Handwerkers.
2. Die industrielle Einheit, die sich zugunsten Deutschlands mit 2 gegen 1 Stimme ausgesprochen hat, müsse Deutschland zugesprochen werden.
3. Die dem Industriegebiet benachbarten Gebiete müssen Gegenstand erster Beratung und Prüfung sein, damit festgestellt wird, in welcher Weise sie dem Industriegebiet eingegliedert werden können.

Paris, 10. August. (M.) Die Sachverständigen-Kommission für Oberschlesien hat sich Dienstagnachmittag besonders mit dem industriellen Dreieck beschäftigt. Man hofft, daß die Kommission ihre Beratungen am Mittwoch beenden wird. Der Oberste Rat wird sich Mittwochnachmittag mit dem Bericht der Kommission befassen.

Die Tagesordnung der Abrüstungskonferenz

Washington, 10. August. (M.) Als erster Punkt der Tagesordnung für die Beratungen der Abrüstungskonferenz sollen dringende Fragen zur Beratung kommen, wie Beratung der völkerrechtlichen Bestimmungen und internationales Vorgehen gegen Staaten, die das Völkerrecht verletzen. Darin kommt die internationale Verständigung der Völker untereinander und mit den kriegsführenden Parteien. An zweiter Stelle der Verhandlungen kommen die modernen Kriegsmittel zur Besprechung, wie die Verwendung giftiger Gase, von Bombenflugzeugen, chemischer Mittel usw. Nach diesen Beratungen über die technischen Kriegsmittel will Präsident Harding die föderale Frage zur Beratung bringen, und zwar mit dem Vorschlag, für ganz Sibirien die Politik der offenen Tür international anzuerkennen, um einen Krieg deswegen zu vermeiden.

Regierungswechsel in Japan als Folge der Konferenz?

London, 10. August. (M.) In einem Leitartikel schreibt die Zeitung „Kotumün Shimbun“ in Tokio, daß Japans Teilnahme an der Washingtoner Konferenz einen Regierungswechsel zur Folge haben könne. Der Ministerpräsident Hara ist der Ansicht, daß die Teilnahme Japans an der Konferenz die ganze japanische Politik geändert werde. Ein Ausweg könne nur in der Bildung einer Koalitionsregierung gefunden werden. Hirotaka Nagata, einer der bekanntesten Staatsmänner Japans, wird in den Blättern als der vermutliche Nachfolger Haras genannt.

Die antisemitischen Ausschreitungen in Memmingen.

München, 10. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Zu der Judenhege in Memmingen wird noch bekannt: Nach Einlieferung des Käsehändlers Rosenbaum in das Gefängnis begab sich eine große Anzahl von Demonstranten zu zwei andern jüdischen Kaufleuten, deren Geschäfte mit Lebensmittelhandel nichts zu tun hatten. Nach allem, was bisher bekannt ist, scheint ein praktischer Arzt, Dr. Sieckus, der Organisator der systematischen Judenhege in Memmingen gewesen zu sein. In einem amtlichen Bericht heißt es: „Auch die Tätigkeit des Eisenhändler-Sohnes Er. Seil dürfte lediglich darauf abgezielt haben, die Menschenmenge auf Juden zu heben. Heil hat auch eine fertige Tafel, auf der geschrieben stand: „Ich bin der größte Wucherer“ und die dem Rosenbaum um den Hals zu hängen beabsichtigt war, bei sich getragen.“ Der größte Teil der gegen die Lebensmittelsteuerung Demonstrierenden war überhaupt nicht davon informiert, daß es sich letzten Endes nur um eine Judenhege handelt. Wie mitgeteilt wird, ist gegen den Veranstalter der Hege von Memmingen ein gerichtliches Verfahren eingeleitet.

In einem Bericht des Berliner Tageblattes heißt es: „Der Aufklärung bedarf es noch, weshalb der erste Staatsanwalt der Forderung der Menge nach sofortigem Erlassen eines Haftbefehls gegen Rosenbaum nachgab und die Verhaftung eines nicht so vernünftigen, daß Rosenbaum den Lynchgelüsten des Mobs entzogen wurde. Die gegen Rosenbaum erhobene Beschuldigung des Mißbrauchers wird auf Grund amtlicher Erhebung als unbegründet erklärt, da er in dieser Saison überhaupt noch keine Milch zur Käsebereitung aufgekauft habe. Die andern Kaufleute, gegen die noch demonstriert wurde, haben mit der Lebensmittel-beförderung überhaupt nichts zu tun.“

Der Zwischenfall in der Kola-Bucht.

Berlin, 10. August. (M.) In der Angelegenheit der Beschickung der deutschen Minenschiffe in der Kola-Bucht hat Wiggdor Kopp im Auswärtigen Amt eine Erklärung namens der Sowjetregierung abgegeben. Das Auswärtige Amt hat bereits durch Punktgespräch ein Ersuchen um Aufklärung nach Petersburg gerichtet.

Zum Kongreß der Eisernen Internationale in Luzern.

Von Tony Sender, Frankfurt a. M.

In verhältnismäßig kurzer Folge ist auf den Ende August vorigen Jahres in Kopenhagen stattgehabten achten, nunmehr auf den 8. August d. J. der neunte Internationale Metalarbeiter-Kongreß nach Luzern einberufen worden. Die Bundesleitung kommt damit dem zu Kopenhagen ausgesprochenen Willen des Kongresses nach. Die rasche Folge der Tagung beweist indessen auch, daß die Glieder des eisernen Weltbundes in vollem Maße die hohe Bedeutung zu würdigen wissen, die heute die internationale Zusammenfassung der Arbeiterschaft zu einem aktionsfähigen Organ hat, das organisatorisch und geistig immer mehr den großen Problemen gewachsen ist, die die Weltwirtschaft und Weltpolitik stellen.

Wohl hatten in Kopenhagen noch die Nachwirkungen des Krieges nachgezittert, denn das Versagen der proletarischen Internationale traf ja nicht nur bei den politischen, sondern auch für die wirtschaftlichen Organisationen zu. Dennoch war der Geist des achten Kongresses ein durchaus kameradschaftlicher; belehrt von den bitteren Lektionen vierjährigen Mordens und den Folgen dieses Wahnsinns und von dem tiefsten Ernste erfüllt, gingen die Kongreßteilnehmer an die notwendige Vorarbeit, um den Weg zu weiterer und besserer Entwicklung zu ebnen.

Schon in den konkreten Beschlüssen dieser Tagung drückte sich die grundsätzliche Wendung aus, die sich im Wesen der Eisernen Internationale vollzog. War diese in der Vorkriegszeit noch ein recht loses Gebilde, dessen Hauptaufgabe im gegenseitigen Meinungs- und Erfahrungsaustausch, allenfalls noch in der materiellen internationalen Unterstützung nationaler Kämpfe um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bestand, so zeigte der in Kopenhagen gefasste, für alle Sektionen bindende Beschluß zur Verweigerung von Herstellung und Transport von Kriegsmaterial für die Feinde Sowjet-Rußlands, daß man der Betätigung internationaler proletarischer Solidarität eine viel weitergehende, sich nicht auf enge Nurgewerkschaftsaufgaben beschränkende Auslegung und Anwendung zu geben gewillt war.

Ebenso notwendig und klug war die in Kopenhagen beschlossene Sitzverlegung und Personalveränderung in der Bundesleitung. Der bisherige Leiter des in Deutschland domizilierten Bundessekretariats, Alex. Schilde, konnte wegen seiner nationalisierenden, die Kriegspolitik der Mittelmächte verteidigenden Haltung während des Weltkrieges und auch ebenso wegen der Stellung, die er in seiner Amtszeit als deutscher Arbeitsminister eingenommen hatte, unmöglich die Autorität und das Vertrauen besitzen, das einem internationalen Sekretär entgegengebracht werden muß, wenn er erfolgreich alle Glieder einer proletarischen Internationale zu gemeinsamem, entschiedenem Willen zusammenzufügen imstande sein soll. Der an seiner Stelle gewählte provisorische Sekretär Konrad Jg., vom schweizerischen Metalarbeiterverband, der auch im Kriege eine internationale Haltung bewahrt hatte und der Zimmerwälder Richtung angehörte, hat in den wenigen Monaten eine überaus rührige und großenteils erfolgreiche Tätigkeit entfaltet. Waren in Kopenhagen aus den verschiedensten Gründen die Italiener, Amerikaner und Engländer noch unvertreten (in Amerika war überhaupt keine Organisation angeschlossen), so ist das Erscheinen dieser Landessektionen für Luzern bereits zugesagt. Allerdings ist von den amerikanischen Organisationen bisher nur der bedeutende Maschinenbauer-Verband angeschlossen, während die anderen Fachorganisationen der Metallindustrie noch fehlen. Aber auch dieser Anstoß hat seine Bedeutung über den Rahmen der Metalarbeiter-Internationale hinaus, zeigt er doch, daß Samuel Gompers reaktionäre Haltung, die ihn dazu veranlaßte, sich von der Amsterdamer Internationale wegen ihrer zu revolutionären Tendenz loszusagen, nicht von der gesamten Arbeiterschaft seines Landes gebilligt wird. Denn gerade der amerikanische Verband ist es, der für die Luzerner Tagung den Antrag stellte, daß die Berufsarbeiter der Welt, die Eisen und Stahl zu Waffen und Kriegsmunition werden lassen, durch eine weise Benutzung dieser Macht künftige Kriege zu verhindern verpflichtet sein sollen.

Ungeklärt ist noch das Verhältnis der russischen Organisationen zum Bund. Bekanntlich wurde in Kopenhagen das Erscheinen der unter Führung Schlapnikoffs stehenden russischen Delegation durch Verweigerung der Einreisefreilassung seitens der skandinavischen Regierungen verhindert. Auf eine schriftliche Anfrage des neuen Sekretärs erwiderte dann die russische Organisation, daß sie sich als zur Eisernen Internationale zugehörig betrachte. Allerdings hat sie der Internationale bis heute noch keinen finanziellen Beitrag geleistet, was bei der sonst üblichen Freigebigkeit der russischen Organisationen einermachen auffallen muß. Sollte der Bund doch nicht nur eine formal organisatorische Zusammenfassung sein, sondern auch ein Organ zur aktiven Unterstützung von Kämpfen, die Mittel erfordern. Es sei hier nur die im verflochtenen Abschnitt erfolgte Unterstützung der finnländischen und litauischen Metalarbeiter in ihren Kämpfen, so-

wie der ungarischen durch die Horsty-Reaktion bedrohten Metallarbeiter durch den Bund erwähnt. Noch mehr muß die Antwort der Russen befremden, als in Kopenhagen die vollkommene Solidarität der Metallarbeiter-Internationale mit der Amsterdamer einstimmig beschlossen worden war. Selbst der spätere Führer der deutschen kommunistischen Arbeiterbewegung, die Arbeiter-Internationale, hat für gestimmt! Wie es sich aber die russische Organisation vorstellte, über die Zweideutigkeit hinwegzukommen, die Amsterdamer Internationale als Agenten der Bourgeoisie zu bezeichnen und zu bekämpfen und doch gleichzeitig einer mit ihr solidarischen Arbeiter-Internationale anzugehören, der dieselben Organisationen angehören wie Amsterdam, ist ihr Geheimnis geblieben.

Die Metallarbeiter-Internationale mußt nach den Angaben des auf die Jahre 1910/1920 bezüglichen Jahresberichts insgesamt die stattliche Zahl von 3 347 188 Mitglieder, die sich auf folgende Länder verteilen:

Amerika	350 000	Italien	151 730
Belgien	143 935	Luxemburg	25 000
Dänemark	23 000	Norwegen	61 830
Deutschland	1 387 935	Oesterreich	238 804
England	512 500	Schweden	70 122
Finnland	9 388	Schweiz	84 847
Frankreich	90 000	Tschechoslowakei	107 696
Holland	21 048	Ungarn	49 182

Die hauptsächlichste Aufgabe des Luzerner Kongresses wird die Reorganisation des Bundes sein. Er muß ein festeres Gefüge bekommen und es müssen auch die organisatorischen Konsequenzen aus den weitergesteckten Zielen gezogen werden. Der vom Kollegen Jig zu diesem Zwecke ausgearbeitete Statutenentwurf saßt denn auch in seinem ersten Paragraphen den „Zweck des Bundes“ wie folgt zusammen:

„Der Internationale Metallarbeiter-Bund ist eine Vereinigung von Metallarbeiter-Organisationen verschiedener Länder zu dem Zweck, die Solidarität und Zusammengehörigkeit der Metallarbeiter aller Länder zu fördern, sowie durch Zusammenwirken auf internationalen Gebieten möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen und die Arbeiterkraft für die Uebernahme der Produktion vorzubereiten.“

während es im Artikel 15 bei Ausführung der Aufgaben des Generalkomitees unter 4. heißt:

„Stellungnahme zu internationalen wirtschaftlichen und politischen Ereignissen, wodurch die Arbeiterkraft in Mitleidenschaft gezogen oder bedroht wird.“

Wenn, was zu hoffen ist, der Luzerner Kongress sich diese im Vorwort des Sekretärs formulierten Grundgedanken zu eigen macht, so bedeutet das einen ganz entscheidenden Schritt nach vorwärts. Ohne jede, die Gefahr der Zersplitterung in sich tragende enge parteipolitische Bindung wird hier der innige Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Kampf und den politischen Ereignissen anerkannt und daraus die Pflicht der Eisernen Internationale abgeleitet, zu letzteren Stellung zu nehmen und nach Möglichkeit auf sie einzuwirken in der Richtung des im § 1 vorgezeichneten Endziels der Uebernahme der Produktion durch das Proletariat.

Ausgabe der auf revolutionärem Boden stehenden Kongressdelegierten wird es sein, ihren Einfluß zu möglichst klarer Herausarbeitung dieser Ziel- und Willensrichtung geltend zu machen, auf daß die Einstellung der Eisernen Internationale auch weiter vorwärtstreibend auf die Amsterdamer Internationale einwirke.

In der kommunistischen Presse wird ein „Offener Brief an die gewerkschaftlich organisierten Metallarbeiter aller Länder“ veröffentlicht, den die Delegation des russischen Metallarbeiterverbandes zum Internationalen Metallarbeiter-Kongress Luzern, i. A. Nikoloff erläßt. Es geht daraus hervor, daß der russischen Delegation die Einreise in die Schweiz von der Schweizer Regierung verweigert worden ist. Der Bundessekretär des Internationalen Metallarbeiterbundes Jig hat der Delegation auf ihre schriftliche Anmeldung telegraphisch:

Teile mit, daß ich schon vor Wochen um eventuelle Einreisebewilligung für russische Delegierte nachsichelt habe. Gesuch wurde von Schweizer Regierung abgelehnt. Nachträgliche Einreise zu erwirken, ist vollständig ausgeschlossen. Ich nehme an, daß russische Delegierte in Deutschland bleiben. Eine Besprechung mit ihnen wird am Verbandstag der deutschen Metallarbeiter möglich sein. Von einer früheren telegraphischen Anmeldung an mich nichts bekannt.

Die russische Delegation beschuldigt Jig, daß er sich hinter die kapitalistische Schweizer Regierung verberge. Jig wird heftig angegriffen, weil er nichts getan habe, um sich an die Schweizer Arbeiterkraft zu wenden, damit diese ihre Regierung zwingt, die Einreise oder russischen Delegation zu erlauben. Jig habe nichts unternommen, um die der Metallarbeiter-Internationale angeschlossenen Organisationen von dem Verbot der Einreise der russischen Delegation in Kenntnis zu setzen. Die Metallarbeiter werden zum Protest gegen Jig und die Schweizer Regierung aufgefordert. — Der Internationale Kongress wird sich mit dieser Angelegenheit zu befassen haben. Der Bundessekretär Genosse Jig wird dann auf diese Angriffe antworten können und darlegen, was er in der Sache getan hat.

Die Verhandlungen des Obersten Rates.

Reden der Ministerpräsidenten.

Paris, 9. August. In der heutigen Vormittags-Sitzung des Obersten Rates ist keine Entscheidung in der Frage der Entsendung von Truppenverstärkungen getroffen worden. Die Rede, die Lloyd George in der heutigen Vormittags-Sitzung des Obersten Rates gehalten hat, wird von Savas in folgender Fassung verbreitet: Lloyd George zeigte den Ernst des obersteilischen Problems, eines der verwiddesten, die je den Obersten Rat beschäftigt haben. Die Verantwortung der Alliierten wird ungeschwehert, wenn nach der erfolgten Entscheidung ein Konflikt entstehen sollte. Lloyd George bemerkte, daß die Regelung des obersteilischen Problems ganz besonders den drei Mächten zuzufallen, die die Aufgabe übernommen hätten, die Volksabstimmung in Gemeinschaft des Friedensvertrages von Versailles durchzuführen zu lassen, also Frankreich, Italien und Großbritannien. Die beiden letzteren Mächte hätten in der Frage die gleiche Ansicht, der französische Standpunkt sei abweichend. Man müsse versuchen, die in der Frage kommenden Thesen auszugleichen; denn der Weltfriede hänge von der Entscheidung, die getroffen werde, ab. Die Regelung der Frage könne nicht auf Kosten der Mehrheit der alliierten Bevölkerung erfolgen. Zur näheren Kennzeichnung dieser Mehrheit entwickelte Lloyd George die Geschichte Oberschlesiens, das zum Teil deutsch und zum Teil österreichisch gewesen sei. Deshalb habe man im Verlaufe der Friedenskonferenz nicht zugehört, daß seine Bevölkerung ein homogenes Ganzes darstelle. Diese Ansicht sei durch das Ergebnis der Volksabstimmung bestätigt worden. Man dürfe nicht aus Oberschlesien ein neues Elsaß-Lothringen machen. Die gesamte Bevölkerung von 5 200 000 enthalte nur 1 200 000 Polen. (Diese Zahlen beziehen sich auf die ganze Provinz Oberschlesien. Die Red.) Das britische Reich würde niemals eine Lösung annehmen, die darauf keine Rücksicht nehme. Lloyd George schloß ab, indem er die Frage nochmals durch Sachverständige

prüfen zu lassen. Der Vorschlag wurde angenommen. Die Prüfung wird auf folgenden Grundlinien erfolgen: 1. Alle Stimmen müßten für die Zuspicherung des Gebietes an die eine oder andere Macht gestimmt werden. Die Zuspicherung könne nicht gemeinbeweise erfolgen, sondern entsprechend der Mehrheit, die sich herausgebildet habe. 2. Einzig und allein das Industriegebiet würde als unteilbares Ganzes betrachtet, das das Herz Oberschlesiens sei. Die Industriezone, die viel ausgebeuteter sein lasse, als es der französische Vorschlag vorsehe, sei eine künstliche Schöpfung. Das Industriegebiet müsse Deutschland zugesprochen werden, das dort die Mehrheit erlangt habe. 3. Die industriellen Gemeinden seien voneinander untrennbar, denn sie bilden eine eigene wirtschaftliche Einheit. Lloyd George sagte zum Schluß er verleihe vollkommen den Wunsch Frankreichs, Garantien in Bezug auf seine Sicherheit zu haben. Der Oberste Rat werde sich darauf Mühe zu nehmen, wenn Frankreich also neue Ungerechtigkeiten angeht, so werde das gesamte britische Reich wie in der Vergangenheit an seiner Seite stehen; aber Frankreich sei augenblicklich nicht in Gefahr. Es müsse nun keinem Siege nur mit Mühe und Willkür Gebrauch machen.

Paris, 9. August. (Havas.) In der heutigen Nachmittags-Sitzung des Obersten Rates ergriff Ministerpräsident Briand das Wort, um den französischen Standpunkt darzulegen. Er sagte zunächst, die Politik Frankreichs bestehe nicht darin, einem auf dem Schlachtfelde Verwundeten das Leben zu nehmen. Aber nach jedem Kriege gebe es Sieger und Besiegte. Der Friedensvertrag von Versailles spreche sogar klar aus, daß die Besiegten auch noch die Verantwortung für den Krieg trügen. Frankreich wüßte ebenso wie seine Verbündeten den Besiegten ein gerechtes Schicksal zu bereiten, aber nicht etwa ein privilegiertes Schicksal.

Die Alliierten hätten beschlossen, einem Volke zur Wiederaufstehung zu verhelfen; das sei das polnische Volk. Indem sie diesen Entschluß gefaßt hätten, hätten sie sich auch verpflichtet, ihm die Lebensmöglichkeiten sicherzustellen. Die Grenzfrage sei den Mitgliedern der Friedenskonferenz sofort gestellt und das Problem in ethnographischer Hinsicht besonders studiert worden. Einstimmig hätten die Mitglieder der Friedenskonferenz Oberschlesien den Polen in den Friedensbedingungen zugesprochen. Dadurch habe man Hoffnungen geweckt. Briand sagte, man könne Werke anführen, so u. a. Brockhaus' Konversationslexikon, daß Oberschlesien niemals für vollkommene deutsch erklärt worden sei.

Der französische Ministerpräsident besprach sodann das Ergebnis der Volksabstimmung und sagte, die Stimme des Arbeiters habe den gleichen Wert wie die Stimme eines Bauern. Aber es gäbe eine moralische Erwägung, die im Zweifelsfalle für die Interpretation der Volksabstimmung herangezogen werden müsse. Man habe die ausgewanderten abstimmen lassen; deren Stimme könne doch nicht den gleichen Wert haben wie die Stimme der Einwohner, die im Lande geblieben seien und viel mehr interessiert an dem endgültigen Schicksal ihrer Heimat seien. Von den 200 000 Ausgewanderten, die an der Abstimmung teilgenommen hätten, hätten 180 000 für Deutschland gestimmt. Im ganzen genommen habe das Ergebnis der Volksabstimmung gezeigt, daß der deutsche Bewohner im Westen, der polnische Bewohner im Osten wohne. Geographisch sei also die Lösung leicht, und wirtschaftliche Fragen kämen nur im polnischen Teile in Betracht.

Es gäbe bedeutende deutsche Industriezentren. Indem man einige von diesen Industriezentren gruppiert habe, habe man das Industriegebiet erstellt. Über dies sei eine künstliche Schöpfung. Im Industriegebiet hätten die Polen 30 000 Stimmen Mehrheit erzielt. Die ethnographischen Erwägungen müßten vorherrschen. Sie hätten die französische Regierung geleitet und in ihrem Entwurf erhalten Deutschland die Mehrheit der Stimmen, die für Deutschland gestimmt hätten, aber auch Polen. Der englische Plan jedoch habe diesen Vorzug nicht, denn er wolle 70 Prozent der polnischen Stimmen Deutschland übertragen, während er nur 11 Prozent der deutschen Stimmen Polen zuspreche.

Lloyd George habe bemerkt, damit das Industriegebiet leben könne, müsse man die Industriezentren der ländlichen Bevölkerung angleben. Wenn diese Arbeit gemacht werde, bleibe das Dreieck trotzdem eine Enklave in der polnischen Masse, und um es dem deutschen Gebiet anzugliedern, stelle sich die Frage des Korridors.

Briand schloß mit der Erklärung, wenn sich die Alliierten nicht einigen könnten, würden die Folgen unersprechbar sein. Die französische Regierung sei sich immer dieser Gefahr bewußt gewesen und habe die Frage geprüft, überzeugt davon, daß der einmütige gute Wille der Alliierten es gestalten werde, für das obersteilische Problem eine Lösung zu finden entsprechend der Billigkeit, den Bestimmungen des Versailler Vertrages und den Ergebnissen der Volksabstimmung. Die französische Regierung werde alles in diesem Sinne tun, was von ihr abhängig sei.

Ministerpräsident Bonomi appetitierte darauf im Namen Italiens an die Solidarität der Alliierten, um zu einer einstimmigen Entscheidung zu gelangen. — Der Vertreter Japans, Baron Ganochi, drückte den Wunsch aus, daß eine Einigung über eine gemeinsame Formel gefunden werde.

Die Sitzung des Obersten Rates war um 6 Uhr 55 Minuten beendet.

Berichte der militärischen Sachverständigen.

Paris, 9. August. Havas berichtet: In der heutigen zweiten Sitzung des Obersten Rates ergriff ein erster General Le Rond das Wort, um für die Notwendigkeit der Entsendung von Truppenverstärkungen vor Aufkündigung der Entscheidung des Obersten Rates einzutreten. Es gäbe eine deutsche und eine polnische Gefahr. Die Bevölkerung sei nicht entwaffnet, die Freikorps seien nicht aufgelöst. Polen und Deutsche könnten jeden Augenblick über 100 000 Kämpfer verfügen. Le Rond nannte Oberschlesien einen Vulkan, dessen Ausbruch immer zu befürchten sei.

Der englische Oberkommissar Sir Harold Stuart erkannte an, daß die Bevölkerung noch immer Waffen besitze, erklärte jedoch, daß die Truppen des Generals Hoefler sich nur erhoben hätten, um die polnischen Aufständischen zu bekämpfen. Es sei nicht zu befürchten, daß die Deutschen die Waffen wieder ergreifen würden, wenn kein polnischer Angriff erfolge. Er schloß, indem er sagte, die Entsendung von Truppenverstärkungen sei nicht nötig, wohl aber ein rascher Entschluß und die Aufrechterhaltung der Einheit der interalliierten Aktion.

Der italienische General de Marinis erkannte an, daß die Truppen, über welche die Oberkommission verfüge, ungenügend seien. Er sprach sich für einen raschen Entschluß aus und für eine sofortige Zuteilung der Gebiete an Polen und an Deutschland, damit die alliierten Truppen sofort nachher zurückerzogen werden könnten.

Eine Note der polnischen Regierung.

Warschau, 10. August. (U.) Die polnische Regierung hat unmittelbar vor dem Zusammentritt des Obersten Rates durch den Pariser Gesandten Grafen Janczjowski an Briand eine vom Warschauer Gesamtkabinett gebilligte Note übergeben lassen, um eine für Polen günstige Entscheidung in der obersteilischen Frage zu erlangen. Die Note verzichtet darauf, noch einmal sachliche Argumente zum polnischen Standpunkt anzuführen, enthält aber zwischen den Zeilen klar und deutlich eine Drohung an den Obersten Rat, daß jede provisorische Lösung oder auch jede sonstige, für Polen irgendwie ungünstige Lösung, d. h. ein Belassen des Industriegebietes bei Deutschland, einen neuen Ausbruch in Oberschlesien entfesseln würde. Die Note betont, daß die Bevölkerung der Gegend nach dem Zustand nur eine vorübergehende war und vor allem auf die Bemühungen der polnischen Regierung zurückzuführen werden müsse. Sie weist weiter darauf hin, daß der Mai-Ausbruch schon allein auf das Gerücht hin ausbrach, daß eine ungünstige Entscheidung erfolgen könne und betont, daß die polnische Regierung nunmehr alle ihre zur Verfügung stehenden Mittel herangezogen habe, um die Entscheidung des Obersten Rates wirksam zu sichern.

Die polnische Regierung könne ihre moralische und materielle Unterstützung aber nur einer Entscheidung zuteil werden lassen, die die volle Unterstützung des Abstimmungsgebietes findet und ganz im Einklang steht mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages.

Brüssel, 9. August. (U.) Französische Zeitungen bringen eine neue Sensationsmeldung über die Ausbreitung eines weltweiten deutschen Geheimbunds, der in dem Augenblick loszuschlagen sollte, wo die Entscheidung über Oberschlesien gefallen ist. Deutsche „Stoßtruppler“ sollen Stadt und Land terrorisieren. Hier weiß man nichts von derartigen Begebenheiten. Es wird behauptet, daß diese Meldungen den Franzosen von der polnischen Nachrichtenzentrale in Sosnowitz gedichtet werden, um beim Obersten Rat Stimmung für Polen zu machen.

Polnischer Vorstoß bei Rosenberg.

Berlin, 10. August. Wittermeldungen zufolge drangen gestern abend bei Rosenberg Karle polnische Banden über die Grenze. Deutsche Apotheke und Engländer trieben die Polen nach einem größeren Gefechte über die Grenze zurück. Wie verlautet, haben die Engländer Verluste gehabt.

Pferdelieferungen an Polen.

Berlin, 10. August. (U.) Die Zeitung „Przeglad Wiegorny“ berichtet, daß Polen im ganzen 35 000 Pferde im Laufe von drei Jahren erhalten wird, und zwar 11 000 noch vor Ende dieses Jahres, 12 000 im nächsten und 12 000 im übernächsten Jahre.

Die Kosten der Besatzungstruppen.

Paris, 9. August. Im Verlaufe der Nachmittags-Sitzung der interalliierten Finanzkonferenz hat man sich vor allem mit der Frage der Kosten der Besatzungstruppen beschäftigt. Es wurde beschlossen, ein Komitee einzusetzen, bestehend aus den Finanzministern der alliierten Länder, um den Betrag der Kosten für die Besatzung bis zum 1. Mai festzusetzen. Dieser Ausschuss soll auch die Besatzungskosten für jedes einzelne Land prüfen. Ein weiteres Komitee soll die Besatzungskosten nach dem ersten Mai prüfen. Dieser Ausschuss wird morgen zusammentreten.

Schwarzer, wo bist du?

Der alldeutsche Held und Helmträger, dessen wohlgefügener Porträt wir in der Montagsnummer nach der Zeichnung des Leipziger Tageblattes wiedergaben, hat sich gegen dieses nicht sehr schmeichelhafte Bild heftig gewehrt. Er telegraphierte dem Leipziger Tageblatt:

„Lese heute Berliner Tageblatt Ihre Angriffe gegen uns. Somet ich damit gemeint sein sollte, erkläre ich alle diese Angaben in jedem Punkte für unwahr und für schamlos übertriebene Verleumdungen. Erwarte Verächtigung bis Sonnabendabend, werde Sie sonst Rechenschaft geben.“

Erich Schwarzer,

1. Politischer Redakteur der Täglichen Rundschau.

In der Täglichen Rundschau entrüstete sich der Herr noch ausführlicher.

Das Leipziger Tageblatt antwortete darauf mit folgender Feststellung seines Gewährsmannes:

„Herr Schwarzer war damals Leitartikler der Braunschweiger Neuesten Nachrichten. Eines Tages ließ mir der Herr, den ich bis dahin nicht gesehen und gesprochen hatte, durch das Telefon sagen, ich möge in einer dringenden persönlichen Sache doch zu ihm auf die Redaktion kommen. Da er mein Besuch wünschte, nahm ich an, daß diese dringende persönliche Sache mich angehe. Mein Erkennen war sehr groß, als Herr Schwarzer mir sagte, ich hätte doch Beziehungen zu der Sanitätsabteilung, er möchte nicht als Infanterist ins Feld, ob ich ihn nicht an den Leiter der Abteilung und den Kommandanten Stalling empfehlen könnte, da doch die Gefahr bei den Sanitätsführern nicht so groß sei. Ich erwiderte, daß für die Sanitätsabteilung nur „d. u.“ Leute in Frage kämen; ich wolle es aber versuchen. Von der Bitte des Herrn Schwarzer habe Kenntnis die Sekretärin, zwei Redakteure und der Leiter der Sanitätsabteilung. Erwarten Sie das „Jur-Rechen-Schaft-Ziehen“!“

Das Leipziger Tageblatt fügte die lakonische Bemerkung hinzu: **Wir warten es!**

Und Herr Erich Schwarzer? Er verstummt. Bis heute hat er seinen Lesern von der Antwort des Leipziger Tageblattes keine Mitteilung gemacht. Noch viel weniger hat er auf diese sehr präzise Feststellung etwas zu entgegen gewußt. Aufschreiend ist ihm die Sprache ausgeblieben. Und es ist doch wohl nicht unbillig, daß man von ihm heute eine Reueverlangt, nachdem seit der letzten Veröffentlichung im Leipziger Tageblatt schon vier Tage vergangen sind. Weshalb verstummt der schmeichelhaft-überdeutsche Herr so plötzlich?

Schwarzer, wo bist du?

Ein Klageruf aus dem kommunistischen Gefängnis.

In Heft 6 der Revistischen Zeitschrift „Der Weg“ schreibt einer der anonymen „Leut-Buben“ in einem Artikel „Diskussion oder Pogrom?“, darin über den „unglaublichen Meinungssterror“ in der UAWD, gemauert wird, u. a.:

Die Genossen Richard Müller, Heinrich Malajahn und Bernhard Düwell haben der Parteipresse polemische Artikel zur Parteidiskussion eingereicht. Diese Artikel wurden zurückgewiesen.

Bei Beginn der Parteidiskussion nahm der Redakteur der Südwestdeutschen Arbeiterzeitung in Frankfurt Stellung gegen die Zentrale. Er wurde aus der Redaktion entfernt, um in der Presse keine Opposition treiben zu lassen.

Die Sozialistische Republik, unser Partielorgan in Köln, erhob Einspruch gegen die Maßnahmen der Zentrale gegen die Opposition. Die Folge war eine Säuberung der Redaktion, die mit zuverlässigen Zentralanhängern besetzt wurde.

Der Genosse Schäffer, Redakteur der Bergischen Volksstimme, des Partielorgans in Remscheid, polemisierte gegen den verführten „Dynamit“-Artikel der roten Fahne. Die Zentrale verurteilte daraufhin seine Entlassung.

Weiter wird von einer Verammlung der Berliner Funktionäre berichtet, die von 2000 Personen besucht war und das bekannte Telegramm nach Moskau richtete, welches den Ausschluß aller Opportunisten forderte. Die Veranstaltung und das Telegramm waren bestellte Arbeit, die Funktionäre wurden siebenmal geistlich, ein oppositioneller Redner wurde bei einer Gelegenheit und selbstverständlich wurde ihm das Wort entzogen. Im Anschluß an diese Teilnahmen wird in der Zeitschrift die Frage aufgeworfen: Ist das nicht Anarchismus? Ist das nicht die perpetuelle Lust eines Gefühls, in das kein frischer Windhauch kommen darf? Sind das nicht die patentierten Methoden der Schwarzen Hundert?

Der Schreiber dieses Aufsatzes gehört vermutlich zu denen, die vor dem Parteitag von Halle während diejenige bekämpft haben, die von den 21 Moskauer Bedingungen die Wirkungen voraussetzten, die er jetzt so schmerzhaft empfindet. Er erntet nur, was er damals gesät hat!

Zusammenschluß der sozialistischen Parteien Rumäniens.

Beitritt der Föderation zur I. A. S. P.

Die Nachrichten der Internationalen Arbeitergemeinschaft Sozialistischer Parteien melden in ihrer Nummer vom 1. Juli: In der letzten Woche tagte in Ploesti ein Kongreß der sozialistischen Parteien Rumäniens. Er brachte das bedeutende Ergebnis, daß die Gründung einer Föderation der sozialistischen Parteien Rumäniens und der Beitritt dieser Föderation zur I. A. S. P. beschlossen wurde. Auf dem Kongreß waren die sozialistischen Parteien des Banats, Siebenbürgens, der Bukowina und Ausrumäniens durch insgesamt einundfünfzig Delegierte vertreten, die 43 000 organisierte Arbeiter vertraten. Wie aus der Beschreibung des Kongresses ersichtlich war, ist die sozialdemokratische Bewegung in dem eigentlichen Mutterland, in Ausrumänien, am stärksten. Dort ist die große Masse der Arbeiterschaft durch den häufigsten Generalstreik vom Jahre 1920 entweder jeder politischen Bewegung entfremdet worden oder sie ist in die kommunistische Partei übergetreten, so daß die von Desterreich und Ungarn abgetrennten Gebiete Bukowina, Siebenbürgen und das Banat die eigentlichen Träger der sozialistischen Bewegung in Rumänien sind. Da diese Gebiete eine ganz verschiedene politische Entwicklung durchgemacht haben, war die Vereinigung der sozialistischen Parteien dieser Gebiete nicht ohne weiteres möglich und darum griff man einstweilen zu der Form der Föderation. Bemerkenswert ist dabei, daß diese Föderation eine kleine Internationale darstellt, da in ihr rumänische, deutsche und magyrische sozialistische Parteien vereinigt sind.

Auf der Tagesordnung des Kongresses, dessen Vorsitzender Dunareanu war, stand die Frage des Arbeitsprogramms, über welchen Punkt Serban Voinea, Bukarest, referierte; dann die Frage des Organisationsstatuts, dessen Berichterstatter Joseph Wagner, Temeswar, war, und die Frage der Internationale, über welchen Punkt Jakob Wikner, Czernowitz, Bericht erstattete. Pflücker legte eine Resolution vor, die sich grundsätzlich für die in Wien beschlossenen Richtlinien ausspricht und in der es heißt:

Der Kongreß ist der Überzeugung, daß die Wiener Konferenz ein geeigneter Versuch ist, diese Internationale aufzubauen, und erklärt, daß der Internationalen Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien anzuschließen, um mitzuwirken, daß das revolutionäre Proletariat zum wirksamen Kampfe gegen die Reaktion, zum Siege für den völkerverfeindenden Sozialismus geeinigt werde.

Zum Delegierten der Föderation im Exekutivkomitee der Internationalen Arbeitergemeinschaft wurde Grigorovici, zu seinem Stellvertreter Pflücker bestimmt.

Die neugegründete Föderation der sozialistischen Parteien Rumäniens wird einen schweren Kampf sowohl mit der Reaktion, die in Rumänien wütet, als auch mit dem heuchelischen Treiben der Kommunisten zu führen haben. Aber der Erfolg dieses Kampfes, der so glücklich mit einer Einigung beginnt, kann nicht ausbleiben.

„Der Seht floß mit dem Regen um die Wette“

Im Grunewald bei Berlin gab es eine Modeschau. Die neuesten „Schöpfungen“ wurden gezeigt, an Hüften, an Kleidern, an Spitzen. Und nebenbei wurde getafelt. Ein Berliner Montagblatt schreibt dazu:

„Denn in den Restaurationsräumen der Rennbahn wurde eifrig getafelt. Eng standen die Tische. Man denke: die großen Fabrikanten aus dem Vogtlande, die Rauchwarenkönige, die nur in Millionen zu rechnen gewöhnt sind, die Firmeneingaber der weltberühmten Häuser der Berliner Bekleidungsindustrie taten sich dort gut. Der Seht floß mit dem Regen draußen um die Wette, man ließ sich nichts abgehen, ob ausgiebig und betrachtete die Damen an den Nebentischen und was sie anhaben.“

Der Seht floß mit dem Regen um die Wette. Und Hunderttausende, ja Millionen wissen nicht, wie sie sich Brot beschaffen, wie sie die Blüten ihres Körpers erhalten sollen. Fürwahr, es ist eine herzliche Welt für die großen Fabrikanten aus dem Vogtlande, für die Rauchwarenkönige, die nur in Millionen zu rechnen gewöhnt sind, und für die Firmeneingaber der Bekleidungsindustrie.

Der Fall Langevin.

Ueber den Zwischenfall im D-Zuge Berlin--Norddeich ist gestern eine Reihe Zeugen im Berliner Volkspräsidium vernommen worden. Mehrere dieser Personen legten den Klägern zu seiner übereinstimmend aus, daß der französische Kapitän Langevin provozierend aufgetreten sei. Die Haltung und das Benehmen der Reamten der Eisenbahn und der Schupo sei dagegen ganz ruhig und korrekt gewesen. Die Entfremdung des Franzosen aus dem Zuge liege in seinem eigenen Interesse notwendig gewesen, da durch sein herausforderndes Verhalten die Reisenden in große Erregung versetzt worden seien. Nach Abschluß der Zeugenvernehmungen soll das ganze Aktenmaterial vom Volkspräsidium der zuständigen Stelle übermittleit werden. Wie von anderer Seite berichtet wurde, sind vor dem Eingreifen der Polizei Totschlaggeiseln von beiden Seiten vorgekommen. Es ist bedauerlich und aufschreckend zu verzeichnen, daß durch das taktlose Verhalten einzelner immer wieder neue Bestimmungen hervorgerufen und neuer Konfliktstoff erzeugt wird.

Drei neue Chefredakteure für Herrn Sinnes.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung, das Leib- und Hauptorgan des Herrn Sinnes, erhält die schönste Gelegenheit zu einem neuen Dementi. Diesmal sind wir in Wahrheit sehr begierig darauf, in der Deutschen Presse, dem Organ des Reichsverbandes der Deutschen Presse, veröffentlicht der Vera-Verlag ein Inserat, wonach er für eine vortreffliche, zweimal täglich erscheinende Zeitung Weltdeutschlands einen Chefredakteur sucht und ferner zwei weitere Chefredakteure für rechtsgerichtete Provinz-Zeitungen in Ost- und Mitteldeutschland. Der erste Herr Chefredakteur muß inslande sein, einen größeren Redaktionsapparat besitzen zu leisten, die beiden anderen nur „den gesamten Redaktionsdienst besorgen zu helfen“. Dieser Vera-Verlag nun ist bekanntlich das von Herrn Sinnes oder besser von seinen Beauftragten ins Leben gerufene Verlagsunternehmen, mit dessen Hilfe er seine Zeitungsfänge verschleiert. Man kann also getrost behaupten, daß Herr Sinnes drei neue weitere Zeitungen erworben hat. Um ganz sicher zu gehen, wartet man aber besser noch auf das Dementi der Deutschen Allgemeinen Zeitung.

Was die Orgelbanditen wagen können.

Von welchem Stärke- und Machtgefühl die Orgelbanditen nun auch in Baden erfüllt sind, zeigen einige Mitteilungen des Vorwärts. Gegen die Personen, welche bei der Aufdeckung der Waffenslager in Lsterburten beihilflich waren, wird öffentlich zum Boykott aufgefordert. Ein entsprechendes Plakat hat folgenden Inhalt:

Einwohner Osterburkens! Haltet euch und gebt dem E. und A. keine Lebensmittel, wie Milch, Eier mehr. Wer erwischt wird, kann rechnen, daß seine Scheune und alles nach der Erde abgebrannt wird. Klub Einspelt.

In der Tat hat ein Mehrheitsmeister sich gemeldet, dem Kind eines der wegen Belamitgabe des Waffenschatzes verdächtigen Männer Fleisch abzugeben. Dem Sohne eines anderen Mannes ist aus dem gleichen Grunde gekündigt worden. Einem Geschäftsmann sind familiäre Aufträge entzogen worden. Dagegen sitzen Eisenbahnsekretäre, Rangierer und Eisenbahnarbeiter, welche die Waffenschatze in Rumänien nachweislich unter-

stützt haben, unbeschäftigt bei der Generaldirektion in ihren Posten.

Unter diesen Umständen ist es einfach ein unerhörtes Standbild, daß die Gerichte die Verfolgung der Waffenschreiber immer weiter verschleppen. Dieses Verhalten der Gerichtebehörden kann nur als eine indirekte Förderung der Waffenschreiber durch die Orgel geendet werden. Ober vielmehr schon als direkt!

Wirkungen

der internationalen Wirtschaftskrise.

London, 8. August. (T.L.) Tausende von Bergarbeitern in Wales sind von Arbeitslosigkeit bedroht, da die Kohlenpreise plötzlich tief gesunken sind. Man glaubt, daß der Export durch diesen Preissturz in der Lage sein wird, den amerikanischen Markt zurückzugewinnen, aber es werden trotzdem noch große Mengen für die Ausfuhr nach anderen Ländern verfügbar sein. — Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 20. Juli 1 780 000.

Rom, 8. August. (T.L.) Der Industrieminister befragte die Fabrikanten, ob ihre Industrie durch die Besetzung von 300 deutschen Lokomotiven auf Reparationskonto geschädigt würde. Die Fabrikanten widerlegen sich der Besetzung von Fertigfabrikaten und verlangen, daß Deutschland Rohstoffe, insbesondere Gußeisen, liefere. — Infolge schlechten Geschäftsganges haben die Anstalts-Werke in Genoa beschlossen, die Löhne auf die Hälfte herabzusetzen. Die Arbeiter widerlegen sich dieser Maßnahme.

Prag, 7. August. Das Prager Tagblatt berichtet über die Verschärfung der Krise in der Eisenindustrie: In die Entlassungen in den Nitrowitzer und in den Slowakischen Hüttenwerken und die Betriebsstillstellungen im Ostrauer Revier reißt sich nun die Notwendigkeit, den letzten noch im Betrieb befindlichen Hochofen der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft, in Klobna auszuscheiden. Infolge der hohen Koks- und Erzpreise sehen sich die Unternehmer außerstande, den Hochofen soweit in Betrieb zu halten, um Stahl nach dem Thomasverfahren herzustellen. Er wird nach dem Thomasverfahren erzeugt. In allen Betrieben der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft ist ungefähr der Hälfte der Arbeiter gekündigt worden.

Wiederaufnahme der griechischen Offensive.

London, 10. Aug. (T.L.) Die „Times“ vernehmen aus Smyrna, daß die zweite Phase der griechischen Offensive begonnen hat. Der Angriff begann 15 Meilen nördlich von Bilecik. Die Türken sieben sich zurück.

Paris, 9. August. Havas meldet aus Angora, daß die Militärbehörden im Einvernehmen mit der Nationalversammlung beschlossen haben, Angora zu räumen, und sich nach Caesarea zurückzuziehen. Infolgedessen wird die Nationalversammlung und die Verwaltung nach Caesarea verlegt.

(Alles ist, in dessen Nähe die Offensive begonnen haben soll, liegt noch annähernd 250 Kilometer von Angora entfernt.)

Die Verluste der Griechen.

Paris, 8. August. Nach einer Havasmeldung aus Athen betragen die griechischen Verluste bei den vorhergehenden Kämpfen nach einer vorläufigen Schätzung 1200 Tote, darunter 50 Offiziere, und 6000 Verwundete, von denen die meisten leicht verwundet seien.

Clemenceau gegen Windischgrätz.

U. K. Budapest, 8. August. Prinz Windischgrätz hatte in seinen bekannten Entschlüssen über den Grafen Karolyi sich auf den französischen Ministerpräsidenten als Kronzeugen berufen. Nach seiner Darstellung sollte Clemenceau in einer geheimen Sitzung der französischen Kammer ausführliche Darstellungen über die Beziehungen Karolyis zur französischen Regierung gegeben haben. Die ungarische Unabhängigkeitspartei hat sich darauf mit der Bitte an Clemenceau gewandt, zu erklären, ob diese Behauptung den Tatsachen entspreche. Rummehre ist von Clemenceau als Antwort ein Telegramm in Budapest eingelaufen, mit folgendem lateinischen Wortlaut: „Ich habe kein Wort von alledem gesagt, was mir Prinz Windischgrätz in den Mund legt.“ Diese Erklärung widerlegt den Hauptteil der „Entschlüssen“ des Prinzen Windischgrätz, dessen ganzes Anlagegebäude als aufgelegter Schwindel entpuppt wird.

Deutschland.

Gute Getreideernte in Ruß.

Aus Gera wird berichtet: Die Getreideernte in Ruß und den benachbarten thüringischen und vorläufigen Bezirken fällt heuer so gut aus wie seit langen Jahren nicht mehr. Das Getreide kommt bei der Trockenheit tadellos ein. Die Körner sind gut und von bester Qualität.

Ablehnung der Brotpreiserhöhung durch den Münchner Stadtrat.

Der Stadtrat von München hat die Erhöhung des Brotpreises von 1.25 Mk. auf 1.50 Mk. einstimmig abgelehnt.

Meuternde Marokkaner im Rheinland.

Wie die Wollische Zeitung berichtet, ist es in der Nähe von Trier beim Abtransport eines dort untergebrachten Marokkaner-Regiments an den Rhein zu schweren Meutereien und Gehoramsverweigerungen gekommen. Dabei soll auch ein französischer Kapitän getötet worden sein. Die Meutereien sind auf die Angst der Marokkaner vor einem neuen Kriege zurückzuführen, da das Gerücht unter ihnen verbreitet war, sie sollten zum Vormarsch durch Deutschland verwendet werden. Von verschiedenen Seiten wurden französische Truppen nach Trier beordert, die die Ruhe wieder herstellten.

Proletarische Arbeitsgemeinschaft in Eberfeld. Die Organisationen der unabhängigen Sozialdemokratie und der Rechtssozialisten in Eberfeld-Barmen haben einen Arbeitsgemeinschaftsvertrag geschlossen, der mit dem 15. September in Kraft treten soll. Danach sollen alle Aktionen, die über das Interesse einer einzelnen Partei hinausgehen, gemeinsam, und falls sie nicht rein werkschaftskommissionen vorbereiten und durchgeführt werden. Die Fraktionen der Stadtverordneten-Versammlungen sollen sich über alle Anträge und Vorlagen vorher verständigen und sich bei den Verhandlungen gegenseitig unterstützen; bei wichtigen Anlässen sollen gegenseitige Fraktionskennungen einzuwickeln. Die Pressekommissionen sollen darüber wachen, daß in den ihnen unterstellten Zeitungen der Kampf gegen die an der Arbeitgemeinschaft beteiligten Parteien und deren Organe nicht in ehrverletzender Form geführt werde. Auch in den Versammlungen soll der Kampf nicht in ehrverletzender Weise geführt werden. Die ganze Arbeit ist möglichst gegen die bürgerlichen Parteien zu richten.

Parteitage der Rechtsparteien. Die Tagesordnung des Deutschen Nationalen Reichsparteitages, der vom 1. bis 3. September in München stattfinden soll, steht außer Vorträgen über „Die deutsche nationale Politik im Reich und in Preußen“ (Parteiorganisierender Bericht) und in Bayern (Dr. Hilpert) einen Vortrag Prof. Dr. Brunhild-Erlangen über „Völkisch-nationale Erziehungstragen“, der durch vier gleichartige ergänzt werden soll, vor. Außerdem werden Staatssekretär Edler von Arnau über Wirtschaft, Staatssekretär Dr. Helfferich über Finanz- und Tr. Oberle-Sachsen über Mittelstandstragen sprechen. — Der wegen der Berliner Stadtverordnetenwahlen verschobene Parteitag der Deutschen Volkspartei ist für die Zeit vom 22. bis 25. Oktober nach Stuttgart einberufen worden.

U. K. Der angebliche Mörder Tzazas. Zu der in Hamburg erfolgten Verhaftung des Ungarn Cernyat erzählt die Ungarische

Korrespondenz, die Behauptung, daß Cernyat an der Ermordung Tzazas teilgenommen hat, erscheint nach dem Ergebnis des Tzazas-Prozesses höchst zweifelhaft. Es hat sich im Gegenteil ergeben, daß alle bisher des Tzazas verdächtigen Personen unschuldig waren. Cernyat selbst bestreitet ganz entschieden, an der Tat irgendwie beteiligt zu sein. Ein Auslieferungsgesuchen der ungarischen Regierung dürfte demnach auf recht schwachen rechtlichen Grundlagen beruhen. Allerdings muß bemerkt werden, daß Cernyat im übrigen ein über berechtigtes Subjekt ist, das in Wien zahlreiche Betrügereien begangen hat und auch von den dortigen ungarischen Emigranten wegen seiner Unzuverlässigkeit allgemein verurteilt wird.

Einberufung des Reichstags? In parlamentarischen Kreisen wird die Notwendigkeit der sofortigen Einberufung des Reichstags nach der Beendigung der gegenwärtigen Sitzung des Obersten Rates lebhaft erörtert. — Die Frankfurter Zeitung behauptet indes, daß man sich in den verantwortlichen Parteikreisen, soweit sie in Berlin überhaupt anwesend sind, mit der Frage einer früheren Zusammenberufung des Reichstags überhaupt noch nicht beschäftigt habe. Auch in amtlichen Kreisen sei von der Absicht, das Parlament momentan in acht Tagen zusammenzutreten zu lassen, nichts bekannt. Es scheint sich also bei der ganzen Sache um Blünke bestimmter Kreise zu handeln, die mit der baldigen Einberufung des Reichstags vielleicht bestimmte parteipolitische Ziele verfolgen.

Sanktionierung der Kommunisten Schaumann. Wie aus Magdeburg gemeldet wird, ist die Kommunistin Wally Schaumann, die unlängst zwecks Verleumdung ihres Strafverfahrens zweimal in den Hungerstreik getreten war, getrennt aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Verhaftung eines deutschen Abgeordneten im besetzten Gebiet. Am Sonntag, dem 7. August, 5 Uhr nachmittags, wurde der Reichstagsabgeordnete Dr. Quast in Köln, beim Versuch, Strassenbahnstationen, die von der englischen Militärpolizei überwacht wurden, betreten, auf offener Straße von der englischen Militärpolizei verhaftet. Er ist auf seine energischen Vorstellungen hin wurde er aus dem Polizeibureau der englischen Militärpolizei wieder entlassen. Der Vorfall ereignete sich obwohl Dr. Quast sich den englischen Agenten gegenüber als Reichstagsabgeordneter auswies und im Besitze eines ordnungsmäßigen Reisepasses war.

Verhaftung des Wiesbadener Polizeikommissars. Nach einer Meldung aus Wiesbaden ist der Polizeikommissar Reiffert ohne Angabe von Gründen von den Franzosen verhaftet und nach Mainz transportiert worden.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Kämpfe in Marokko.

Ueber die Lage in Spanisch-Marokko wird aus Melilla gemeldet, daß General Ravao sich immer noch auf der Station von Arzut hält. Es sei gelungen, ihn dort mit Lebensmitteln zu versorgen. Am 17. Juli sollen sich 1500 um Ravao 4000 Rebellen befinden. Wie Havas aus Madrid erzählt, rechnet man dort damit, daß in 10 Tagen 56 000 Mann in Melilla sein werden und daß die Garnisonen von Ceuta, Tetuan und Larache durch 30 000 Mann verstärkt werden. Die Aufständischen liefern erbitterte Kämpfe gegen die Reste der Kolonne Ravao, die ihren heldenmütigen Widerstand auf dem Berge Arzut trotz der Verluste fortsetzt. — Maura hatte am Sonntag eine zweitägige Audienz beim König. Angeblich wurde ausschließlich die Marokkofrage erörtert. Maura soll vom König zum Ministerpräsidenten ernannt worden sein. Er habe sich jedoch keinen Entschluß bis zum Abschluß der Beratungen vorbehalten. — Die spanischen Blätter El Sol und Aclon melden eine neue Bewegung der Rabalen. Die spanischen Gefangenen werden auf 5000 beschränkt. Die Marokkaner drohen mit deren Tötung, falls ihre Lager mit Fliegerbomben beworfen werden.

Neue Zusammenstöße zwischen Faschisten und Kommunisten.

Die römischen Blätter Tribuna und Messaggero berichten über eine Reihe von Zusammenstößen zwischen Faschisten und Kommunisten in Turin sowie an verschiedenen anderen Plätzen in den Provinzen Modena, Parma und Mantua. In Turin gab es einen Toten und zwölf Verwundete.

Die Wehrpflicht in Polen. In der nächsten Sitzung des polnischen Sejms wird der Gesetzentwurf über die allgemeine Dienstpflicht zur Beratung kommen. Nach dem Entwurf soll für unverschuldeten weibliche Personen eine Hilfsdienstpflicht eingeführt werden.

Jugendbewegung.

Bezirkskonferenz der Sozialistischen Proletarier-Jugend Bayerns.

In Munsfeld (im Fichtelgebirge) tagte am Sonntag, dem 17. Juli, die Bezirkskonferenz der Sozialistischen Proletarier-Jugend Bayerns. Aus dem Bericht der Bezirksleitung ist zu ersehen, daß im vergangenen Jahr die zehnjährige Arbeit der Kommunisten und die Hervorhebung des neutralen Standpunktes der Jugendlichen gegenüber den Parteien außerordentlich schädigend auf die Jugendbewegung einwirkte. Da die Mehrheit auf dem Standpunkt der Anfechtung an die USP stand, trennten sich die Kommunisten ab, und da der übrige Teil trotzdem den Anschlag an die USP nicht fand, war die ganze Bewegung nahezu vernichtet. Erst als dann der Reichsausschuß in einer gemeinschaftlichen Sitzung mit dem Zentralkomitee der USP, Richtlinien herausgab und auf der Reichskonferenz Pflücker die lang gemühten Klärung eintrat, festigte sich auch die Bewegung der Sozialistischen Proletarier-Jugend Bayerns wieder. Auch der letzte Landesparteitag der USP Bayerns trug wesentlich zu dieser Festigung bei. Die Sozialistische Proletarier-Jugend hat nunmehr einen festen Rückhalt in der USP.

Die Delegierten gingen mit dem ersten Willen zu eifriger Arbeit und mit der frohen Zuversicht auf eine Vorwärtswentwicklung der Sozialistischen Proletarier-Jugend auseinander.

Von Nah und Fern.

Schweres Bootunglück auf der Elbe. Ill. Samsburg, 10. August. Auf der Elbe bei Altenwerder kenterte am Montagabend ein Segelboot. Von den sechs Insassen (vier Herren und zwei Damen) konnte nur einer gerettet werden, die andern fünf sind ertrunken.

Berlin, 10. August. Wie das Tagblatt aus Heiligenfurt meldet, kürzte beim Aufstieg auf den Großglockner der Kaufmann Löber aus Breslau tödlich ab. Trotz einer sofort ausgelandeten Rettungsexpedition konnte die Leiche noch nicht geborgen werden.

Christiansund, 9. August. Die Belassung eines schwedischen Fischereiflutters, der heute hier angekommen ist, teilte mit, sie habe vor 14 Tagen beobachtet, wie ein deutscher Trawler in der Nordsee auf eine Mine gestoßen und in die Luft gestoßen sei.

Wien, 9. August. Den Blättern zufolge brach in der Strafanstalt Stein a. d. Donau infolge der Erbitterung der Sträflinge über bilanzmäßige Verfügungen eine Revolte aus. Die Sträflinge zerstörten die Einrichtungen des Anstalts und richteten einen Schaden von insgesamt 1 Million an. Schließlich griff die Wehrmacht ein, die gewonnen war, auf die Sträflinge zu schießen. Es wurden vier Sträflinge getötet und mehrere verwundet.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Ernst Frenzel in Leipzig. Verantwortlich für den Inzeratenteil: Friedrich Viller, Woboritz-Leipzig. Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

Frauen-Schönheit Steckepferd-Selbst
verleiht ein reizendes, jugendliches Aussehen und ein zartes, schönes Teint. Alles dies erzeugt die allein wirkliche Schönheit.
die beste Lillienmilchweisse v. Bergmann & Co. Redebud.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Wetterbeobachtungen (Zoologischer Garten) in Leipzig.

Table with 7 columns: Beobachtungswert, Temperatur, Windrichtung, Windstärke, Wetterzustand, Temperaturerktreme, and Datum. Rows show data for August 1st, 2nd, and 7th.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 10. August.

Parteiangelegenheiten.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Morgen, Donnerstag, früh 7 Uhr, Kinderspiele im Freizeitspaziergarten Lindenau.

Sitzber. Donnerstag, früh 8 Uhr, Abmarsch zur Tagespartie. Sammeln an der Weintraube.

Mädern. Donnerstagnachmittag Besuch des Puppentheaters. Sammeln am Carolabab. Abmarsch 2 Uhr. Karten zu 25 Pfg. sind noch am Stellplatz zu haben.

Leiterinnen der Kinderspiele. Alle die zum Gewerkschaftsfest mitgehen, treffen sich Donnerstag, abends 8 Uhr, am Eingang des Sportplatzes.

Gewerkschaftsfestkarten sind sofort abzunehmen. Alle unverkaufte Karten sind zurückzugeben. Gewerkschaftsstell.

Gruppenrat 11: Metall-Industrie. Mittwoch, den 10. August, abends 7 Uhr, Sitzung im Volkshaus.

Betriebsräte. Diskussionsabend. Donnerstag, den 11. August, abends 7 Uhr, im Volkshaus.

Der arme Konrad. Morgen Donnerstag, abends 8 Uhr, Belamprobe auf dem Sportplatz. Ausgabe der neuen Teilnehmer- und Garderobekarten gegen Hergabe des Verbandsmitgliedsbuches und des Wohnungsscheines. Beide Ausweise mitbringen, sonst kann die neue Karte nicht verabsolgt werden.

Eine stimmungsvolle Einleitung der Leipziger Stadtverordnetenwahlen

Werden sich die schärfsten Handwerker leisten. Sie wollen im Oktober einen Handwerkerfest in Leipzig abhalten, weil hier durch die Beschließung der sozialistischen Stadtverordneten-Mehrheit der Mittelstand so außerordentlich zu leiden habe. Durch die städtischen Regierarbeiten sehen die Handwerker sich in ihren Profitinteressen so sehr bedroht, daß sie in ihrer Verzweiflung sogar durch einen Umzug aller Innungen mit Fahnen der verbündeten Großstadtarbeiterchaft Gelegenheit geben wollen, an der Tagessperrung der Innungs-Obermeister die Größe des Elends der Demonstranten zu erkennen. — Wie uns bei dieser Gelegenheit zugesichert wird, ist ein Leipziger Innungsoberrmeister und Stadtverordneter vor Kurzem über die jammervolle Lage des Handwerks so eingeschrieben, daß er kaum noch in seinen Stadtverordnetenwahl hineinpaßt. Ein seinen Verhältnissen angepaßter neuer Stuhl wäre auch schon angeschafft worden, wenn die sozialistische Mehrheit nicht boshafterweise darauf bestanden würde, daß er in städtischer Regie angefertigt wird. Als strikter Gegner aller Regierarbeit soll der Herr das aber abgelehnt haben und wohnt so, ein Märtyrer seiner Ueberzeugung, zugleich als ein ewig rühmenswertes Wahrzeichen Leipziger Bürgerstolz in qualvoll fürchterlicher Enge den Sitzungen des Kollegiums bei.

Wer an diesem Schauspiel noch nicht genug hat, dem ist dringend zu raten, sich den Zirkusrummel im Oktober anzusehen, der voraussichtlich unter der bewährten Leitung des Rüd- und Mittelständlers Direktor Köllig vor sich gehen wird. Die zahlreichsten Schilder mit Aufschriften, die im Zuge mitgeführt werden sollen, werden der Leipziger Arbeiterchaft Gelegenheit geben, sich an der geistigen Höhe der Mittelstandsretterei zu erbauen.

Eine Ohrzeige für Ehren-Blindemann.

Das Leipziger Tageblatt schrieb dieser Tage: Das Mannheimer Schöffengericht hat den Herausgeber des revolutionären, Moritz Leberer, wegen Verächtlichmachung eines gefälschten Briefes des rechtssozialistischen Abgeordneten Gock zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Das Gericht hat angenommen, daß Leberer diesen Brief selbst geschrieben und veröffentlicht habe, um die Ehre eines geachteten Politikers in hinterhältiger, gewissenloser und niedriger Weise zu kränken.

Das Blatt der Leipziger Deutschnationalen veröffentlichte kürzlich einen Briefwechsel zwischen dem neuernannten Amtshauptmann Kiesel und seinem Bruder, einem Oberpostkassierer. Nach diesem Briefwechsel sollte der unabhängige Gewerkschaftssekretär Kiesel seinen Bruder aufgefordert haben, in der Beamtenorganisation, deren Vorstand der Postkassierer angehört, Stimmung für die Ernennung des Bruders zum Amtshauptmann zu machen. In der Antwort sagte der Postbeamte das zu, und bat seinerseits den Bruder, auch für ihn zu sorgen und ihm eine Stelle im oberen Postdienst zu verschaffen.

Diese Briefe waren gefälscht. Das Blatt redet sich damit heraus, es habe sich nur einen politischen Scherz erlaubt. Der Amtshauptmann hat nun aber wirklich einen Bruder, der Oberpostkassierer und Vorstandsmitglied einer Beamtenorganisation ist: ist es da angebracht, von einem politischen Scherz zu reden, nach dazu, wo die Einleitung der Veröffentlichung den Leser versichert, daß die Briefe echt seien! Diese „deutsche“ Kampfesweise ist so ordinär, daß man sich wundern muß — nein, nicht über den Tiefstand unserer Parteipolitik, aber darüber, daß die Journalisten Organisationen gründen zur Hebung und Wahrung der Standesehre und sich immer wieder beschweren über das geringe Ansehen ihres Standes.

Bei der biden Haut des Hakenkreuzritters Lindemann ist nicht anzunehmen, daß diese probant Oberpostkassierer wesentlichen Eindruck auf ihn macht. Er ist nur empfindlich, wenns ihm paßt. Neulich hat er dem Drachen eine Verächtlichmachung gesandt, daß er nicht vom Mittel-Verlag, nachdem dieser die Leipziger Allgemeine Zeitung aufgekauft hatte, aus der Redaktion des Blattes „Hinausgewebelt“ worden, sondern daß er von selbst gegangen sei. Der Herr Kappst will sich also nicht nachfragen lassen, er sei bereit gewesen, eventuell auch demokratische Politik zu machen. Aber er läßt sich mit Gemütsruhe nachweisen, daß er abgelegte Käsefliegen wieder aufgenommen und sie trotz mehrfachen Hinweises auf diesen Umstand nicht widerrufen hat. Er sieht offenbar keine Ver-

letzung seiner Ehre darin, daß ihm wissenschaftliche Lügen, wissenschaftliche Irreführung seiner Leser nachgewiesen werden. Er ist ein Deutschnationaler, nach deren Versicherung der echte Deutsche treu, bieder und wahr ist. Nicht wahr, Herr Ehren-Blindemann?

Der Leipziger Polizeidirektor als Schriffmacher der Bürgerräte.

Herr Dr. Kubig, der Leipziger Polizeigewaltige, hat verfügt, daß sämtliche Polizeibeamten die vom Reichsbürgerrat, Berlin, herausgegebene Schrift „Der Friedensvertrag in 101 Forderungen“ ausgehändigt wird. Das kennzeichnet sich nicht anders als eine direkte politische Beeinflussung der Polizeibeamten. Ueber den „neutralen“ Leipziger Bürgerrat, dieser Sammelstelle aller Reaktionsäre im bürgerlichen Lager, ist die Leipziger Bevölkerung zur Genüge unterrichtet. Der Reichsbürgerrat proklamiert auf drei Anzeigelassen der Schrift, die Dr. Kubig den Polizeibeamten ausgehändigt läßt, als sein Ziel „die Ueberwindung der marxistischen Lehre vom Klassenkampf“.

Daß dieses Ziel ein dem Leipziger Polizeidirektor sehr sympathisches ist, glauben wir recht gern. Wenn er aber glaubt, sein Amt als Polizeidirektor zur Propaganda für die Bürgerräte mißbrauchen zu können, so muß ihm doch mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß er dafür seinen Gehalt nicht bezieht und daß er sich nicht wundern darf, wenn ihm die Mehrheit des Stadtverordnetenkollegiums auch in diesem Jahre ihr schärfstes Mißtrauen aussprechen wird.

Zur Aufklärung.

Ein besonderer Vorfall gibt uns Veranlassung, folgendes der arbeitenden Bevölkerung zur Aufklärung mitzuteilen: Anlässlich einer, durch einen unserer Genossen abgehaltenen Trauerfeier ist in Arbeiterkreisen mit Entrüstung darüber gesprochen worden, daß dieser Genosse für seine Aufwendungen (Grabrede usw.) von den Leidtragenden 20 Mk. erhoben hat. Die Gefälligkeit, mit der hierbei über unsere Bewegung hergezogen wurde, soll unberührt bleiben, uns liegt lediglich daran, die irrigen Auffassungen zu beseitigen. Die Dinge liegen folgendermaßen: Wir haben keine besoldeten Angestellten, alle Arbeiten werden ehrenamtlich von den Letzten und Genossen geleistet. Wird nun ein Grabredner benötigt, so ist derselbe, da er in Lohnarbeit steht, gezwungen, eine gewisse Arbeitszeit zu versäumen. Es ist nun unter den heutigen Verhältnissen und bei der großen Zahl der Beerdigungen ganz ausgeschlossen, daß ein einzelner diesen Lohnausfall tragen kann.

Sobald nun der Verstorbene unserem Verband oder einer freien Gewerkschaft angehört, entstehen den Hinterbliebenen keine Kosten, weil die Organisationen den Lohnausfall decken. Ist aber der Verstorbene lediglich aus der Kirche ausgetreten und hat sich bei Bekehrten vorgenannten Organisationen nicht angeschlossen, dann müssen die Hinterbliebenen, und wohl mit Recht, den Lohnausfall ersetzen. Wenn in bezug auf obigen Fall gesagt wurde, es ist genau wie bei den Pfaffen, ein Geschäftsmachen, so muß schon darauf hingewiesen werden, daß unsere Feiern mit den kirchlichen nicht vergleichbar sind, denn bei letzteren spricht ein vom Kapital besoldeter und bestellter Diener Gottes eine dogmatische eingeeignete Formel und bei uns redet ein Proletarier aus dem Herzen heraus zu seinen eigenen Klassengenossen.

Wir können bei unserem an sich schon sehr arbeitsreichen Wirken verlangen, daß man uns in Arbeiterkreisen etwas mehr Verständnis entgegenbringt.

Wir sind keine Seite mit irgendwelchen Zeremonien, sondern wir betrachten uns als ein Teil der proletarischen Kampffront um die Befreiung der Arbeiterklasse.

Gemeinsam in Front mit den politischen und wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats setzen wir unseren Kampf gegen die geistige Unterdrückung aus.

So wollen wir eingeschätzt werden, und so nur werden wir unser Ziel erreichen.

Verwaltungsstelle des Zentralverbandes proletarischer Freier Deutscher. L.-Sellenhausen, Wurzner Straße 77b.

Die Arbeitsmarktlage in Leipzig im Monat Juli.

Die Zahl der Bollerwerbslosen ist gegenüber dem Vormonat um 889 (im Juni von 2900) zurückgegangen. Am Schlusse des Monats waren noch 7333 (im Vormonat 8272) Hauptunterstützungsempfänger vorhanden, und zwar 5967 (6641) männliche und 1366 (1631) weibliche.

Beim städtischen Arbeitsnachweis und den ihm angeschlossenen paritätischen Nacharbeitsnachweisen waren mit den aus dem Vormonat übernommenen Arbeitsuchenden 13 663 (15 184) männliche und 4636 (5073) weibliche, zusammen 18 299 (20 257) eingeschrieben. An offenen Stellen wurden gemeldet für männliche Personen 8229 (7785), für weibliche 3063 (3334), zusammen 11 292 (11 119), von denen 9827 (10 170) besetzt wurden, und zwar 7303 (7325) mit männlichen und 2524 (2845) mit weiblichen Arbeitsuchenden. Auf je 100 männliche Arbeitsuchende entfielen 53,4 (48,2) und auf je 100 weibliche 54,4 (56,1) besetzte Stellen.

Es mangelte an Fradenhefterinnen und Maschinenspielerinnen für Auto- und Handanlange, an Rohrplattenkoffer-Arbeitern, an Brauereimaurern, Zimmerern, Dachdeckern, Malern, längeren Sortimentsgehilfen, Stenotypistinnen, geübten Oberhemdennäherinnen, Hauspersonal für Privathaushalte und Gastwirtschaften und an Hausburken für Gastwirtschaften.

In den Fachabteilungen waren 10 918 männliche und 2752 weibliche Arbeitsuchende vorhanden, vermittelt wurden 8234 bzw. 1742, davon 302 bzw. 42 nach auswärts.

Im Wädergewerbe ging die Zahl der Erwerbslosen bei 23 Vermittlungen auf 158 Erwerbslose zurück. Für die Süßwarenbranche ist noch eine große Zahl vorgebildeter weiblicher Arbeitskräfte vorhanden. Für das Fleischergewerbe wurden 248 Gehilfen angefordert und vermittelt, davon 6 nach auswärts und 217 als Aushilfen; am Schlusse des Monats waren noch 91 (132) arbeitslos. Den Brauereien wurden 105 Arbeitskräfte vermittelt, 2 Gehilfenstellen konnten nicht besetzt werden. Vom Bauergewerbe wurden 1313 offene Stellen gemeldet, von denen aber nur 1061 besetzt werden konnten. Maler wurden 332 angefordert und 167 gestellt; Dachdecker wurden 10 vermittelt, 16 Stellen blieben unbesetzt; Ofenheizer wurden 27 verlangt und zugewiesen, 3 blieben erwerbslos. Im Steinlegergewerbe ist die Zahl der Erwerbslosen bei 22 Vermittlungen von 10 auf 36 gestiegen. Von 293 männlichen und 352 weiblichen Arbeitsuchenden des Buchbindergewerbes wurden 46 bzw. 116 vermittelt; die Zahl der männlichen Erwerbslosen ist von 238 auf 247 gestiegen, die der weiblichen von 253 auf 236 gefallen. Die Fachabteilung für das Gastwirtschaftsgewerbe besetzte 1446 Stellen, davon waren 1370 Aushilfsstellen und die der Musiker konnte 1099 Arbeitsgelegenheiten vermitteln. Trotz der hohen Vermittlungsziffer ist die Zahl der Erwerbslosen im Gastwirtschaftsgewerbe von 321 auf 360 gestiegen; die Zahl der erwerbslosen Musiker ist von 110 auf 75 gefallen. Im Holzgewerbe wurden 239 männliche und 9 weibliche Arbeitskräfte neu eingestellt, die Zahl der Erwerbslosen fiel von 690 auf 488, bzw. von 30 auf 20. Die Zahl der männlichen Erwerbslosen der Metallindustrie ist bei 823 Vermittlungen von 1828 auf 1398 zurückgegangen, 67 wurden nach auswärts vermittelt. Von 410 Metallarbeiterinnen fanden 150 Arbeit. Im Schneidergewerbe stieg die Zahl der männlichen Gehilfen von 31 auf 39; 44 Stellen wurden gemeldet und 36 passend besetzt davon 5 auswärtige. An weiblichen Arbeitskräften wurde 121 gesucht und 113 vermittelt, unbes-

schäftigt blieben wie im Vormonat rund 100. Dem Schuhmacher-gewerbe konnten 69 Gehilfen, davon 41 in Aushilfsstellen und 8 weibliche Arbeitskräfte zugewiesen werden, 17 bzw. 3 blieben erwerbslos. Der Abteilung für kaufmännische, technische und Bureauangestellte wurden 240, davon 28 auswärtige Stellen gemeldet und von 515 männlichen Arbeitsuchenden wurden 128 (10 auswärts) in Stelle gebracht; eingetragen sind noch wie im Vormonat 370 Stellenlose. Den 299 weiblichen Angestellten konnten 242 Stellen angeboten werden und 166 wurden in Stelle gebracht; am Schlusse des Monats waren noch 134 arbeitslos gegen 171 im Vormonat. Die Textilindustrie forderte 138 (im Vormonat 100) männliche und 460 (720) weibliche Arbeitskräfte an, die restlos zugewiesen wurden. Das Kürschnergewerbe stellte 34 männliche und 30 weibliche Arbeitskräfte ein; arbeitslos blieben 13 männliche und 3 weibliche. Im Sattlergewerbe waren am Schlusse des Monats bei 27 Vermittlungen 19 und im Tapezierergewerbe bei 24 Vermittlungen noch 99 Erwerbslose vorhanden. Von 50 männlichen und 428 weiblichen Hilfspersonen für Buch- und Steindruck wurden von der Fachabteilung 16 bzw. 410 in Stellen gebracht. Die Fachabteilung für Hilfsarbeiter im Handels- und Transportergewerbe konnte von 1004 Arbeitsuchenden, denen 252 offene Stellen gemeldet wurden, nur 232 vermitteln. Für die Landwirtschaft wurden 202 männliche und 98 weibliche Arbeitskräfte gesucht und 170 bzw. 40 vermittelt. In der Sonderabteilung für Erwerbsbeschränkte wurden von 454 Erwerbslosen 40 in Stelle gebracht; die Fürsorge für Blinde melbet 34 männliche und 8 weibliche erwerbslos. Bei der Fachabteilung für Hausangestellte wurden 447 offene Stellen gemeldet und 201 besetzt. Bei der männlichen Jugendabteilung wurden 303 und bei der weiblichen 227 Arbeitskräfte angefordert; vermittelt wurden 272 männliche, davon 42 in Lehrstellen, und 156 weibliche. Erwerbslos blieben 122 männliche und 107 weibliche Jugendliche. In der allgemeinen männlichen Abteilung blieben bei 751 Vermittlungen noch 926 und in der allgemeinen weiblichen Abteilung bei 626 Vermittlungen noch 331 Arbeitslose übrig.

Die Praktiken des Schönefelder Ritterguts-pächters.

Einer von den wenigen landwirtschaftlichen Arbeitgebern, die die am 5. August 1921 getroffene Vereinbarung nicht erfüllen, ist der Pächter des Rittergutes Schönefeld. Das ist auch kein Wunder, da der Betreffende alle Ursache hat, seine alten Leute aus dem Betriebe zu entfernen. Diese haben einen zu tiefen Einblick in die Praktiken des Herrn Lindner gewonnen, sie wissen, daß Körnerfrüchte bis nach Meuselwitz gewandert sind, obwohl noch die Zwangswirtschaft bestand, ferner, daß auf diesem Gute eine Schrotmühle seit längerer Zeit in Betrieb war und größere Mengen Weizen spurlos verschwanden. Auch werden hier Frauen beschäftigt, die weder in der Krankenkasse versichert wurden, noch dem Steuerabzug unterlagen.

Mit welchen Mitteln Herr Lindner arbeitet, geht aus folgendem hervor: Bei einer Verhandlung vor dem hiesigen Schlichtungsausschuß legte Herr Lindner eine von seinen Arbeitnehmern unterschriebene Liste vor, worin dieselben auf die Klageforderung verzichteten. Nun ist es der Arbeiterchaft unerfindlich, wie ihre Namen auf diese Liste gekommen sind. Deshalb haben sich dieselben an die Staatsanwaltschaft zwecks Aufklärung gewandt. Dann ist es noch notwendig, darauf hinzuweisen, daß auf dem Lindner'schen Rittergute eine größere Anzahl von Industrie-arbeitern beschäftigt sind. Es liegt nicht im Interesse der Arbeiterchaft, daß sie diese Praktiken des Herrn Lindner unterläßt und ihre Angehörigen dort ausbeuten läßt.

Deutscher Landarbeiter-Verband.

Die Anrechtsharten des Arbeiter-Bildungsinstituts.

Das Arbeiter-Bildungsinstitut teilt uns mit: Ueber die Ausgabe der Anrechtsharten besteht noch vielfach Unklarheit trotz unserer Erklärung in der Mittwochnummer der Zeitung. Diese Leute kommen in unsere Geschäftsstelle, um ihre Karten dort abzuholen oder sie sind der Meinung, daß sie dieselben ins Haus gebracht bekommen. Wir wollen nochmals darauf hinweisen, daß die Listen mit den Karten an die Ausgabebestellen, Gewerkschaften und Partei zurückgegeben worden sind. Von diesen Stellen aus, wo die Unterschriften gesammelt worden sind, findet auch die Verteilung statt. Unterzeichner, die in der Zwischenzeit den Betrieb verlassen haben, müssen sich an ihren früheren Vertreter ausmachen. Nur auf diesem Wege läßt sich eine glatte Abwicklung ermöglichen. Nachzügler müssen sich in unserer Geschäftsstelle melden.

Den Spielplan für die bevorstehende Spielzeit veröffentlichen wir gleichzeitig im Feuilleton dieser Nummer. Verkaufsstellen haben wir folgende vorgesehen:

- Bezirk Westen. Kleingöhrer, Bibliothek, Gießerstraße. Genosse W. Dunt. Plagwitz, Volkszeitungs-Filiale. Genosse K. Voigt. Lindenau, Volkszeitungs-Filiale. Genosse A. Berthel. Schleußig, Konsumvereins-Filiale, Könnertstraße. Gen. Thielemann. Leusch, Konsumvereins-Filiale. Genosse Reumann.

- Bezirk Osten. Thonberg, Bibliothek, Stötteriger Straße. Stötterich, Bibliothek, Glasenstraße. Genosse Simon. Volkmarndorf, Volkszeitungs-Filiale, Markt. Genosse Lorenz. Reudnitz, Restaurant Harmonie, Rathausstraße. Gen. Weichmann. Unger, Konsumvereins-Filiale, Mühlauer Str. 22. Gen. Ludner. Pausndorf, Konsumvereins-Filiale, Rieseher Str. 26. Gen. Kaiser. Engelsdorf, Konsumvereins-Filiale.

- Bezirk Norden. Gohlis, Volkszeitungs-Filiale, Lindenhaler Straße. Gen. Müller. Gutrich, Volkszeitungs-Filiale, Manbalenenstr. 6. Gen. Herzog. Möckern, Mecklenburgstraße 9. Genosse Schlegelmilch. Wahren, Konsumvereins-Filiale, Hallische Str. 55. Gen. Baslam. Rodau, Wilhelm-Busch-Straße 13, 111. Genosse Wierich. Quasnit, Konsumvereins-Filiale. Genosse Redrig.

- Zentrum-Süden. Innere Stadt, Volkszeitungs-Filiale, Tauchaer Straße 19/21. Fürerhaus, Westplatz. Genosse F. Boffe. Volkshaus, Volkszeitungs-Filiale, Zeitler Straße 32. Die Leser werden gebeten, dieses Verzeichnis auszufüllen und aufzubewahren!

Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer. Vom Finanzamt wird uns geschrieben: Nach gesetzlicher Vorschrift ist die für das Rechnungsjahr 1920 nachzuzahlende Einkommensteuer vom Schlusse des Rechnungsjahres (31. März 1921) bis zum Zahlungstage mit fünf vom Hundert zu verzinsen. Da sich die Durchführung der endgültigen Steuerveranlagung für das Rechnungsjahr 1920 infolge der Belastung der Finanzämter noch einige Zeit hinzieht, werden die Steuerpflichtigen gut tun, nicht erst die Zustellung der endgültigen Steuerbescheide auf das Rechnungsjahr 1920 abzuwarten, sondern schon jetzt zur Verzinsung ihrer Zinsenschuld auf die Einkommensteuer Vorauszahlungen bei der für sie zuständigen Steuerbehörde zu leisten.

Schlaflosigkeit für Säuglinge. In einem sehr empfehlenswerten Flugblatt des Landesauschusses für hygienische Volksbelehrung wird u. a. gesagt: Es sind schätzungsweise 60-100 000 Säuglinge, die jährlich den Stiefsohlen entgegen — eine unheure Zahl! Auch ein an der Brust gestilltes Kind verträgt eben die

Steigerung der Temperatur nicht, der es in dem Schmelzbad seiner die Entwicklung in heißem Raum ausgeführt ist. Alle Grade des Schmelzgrades werden beobachtet, angefangen von Appetitlosigkeit, Schwäche, großer Reizbarkeit und Unruhe, die sich durch Schreierkündigungs, was schließlich auf Hunger oder Nihilismus bezogen wird, während dieses Schmelzgrades sofort beseitigen würde, bis zu schweren Durchfällen, Erbrechen, auch Verstopfung, Aufhören des Schwitzens, Fieber, schnappende Atmung, Bewußtlosigkeit und Krämpfe. Bei einigermaßen verständigem Verhalten können aber diese Folgen vermieden werden. Die Mutter muß nur wissen, daß die Kinder, genau wie im Winter durch Warmhalten gegen Verfröhlung, so im Sommer durch Kühlung gegen Ueberhitzung geschützt werden müssen! Also heraus aus der Bettencorsetts und fort mit der dicken Bekleidung bei heißem Wetter! Weg von der durchglühenden Mauer oder gar vom Kaminofen! Die Fenster auf, für Lüftung gesorgt! Leichter, luftdurchlässige Kleidung, keine dicken, wenn auch keinen Feinzeug, die bei Kaschieren der Luftdurchgang verhindern, insbesondere keine wasserundurchlässigen Stoffe, kein Gummi, Wachstuch, Oelpapier um den Körper des Kindes herum, keine Federbetten, keine dicken, wollenen Decken; keine zu weiche Matratze, sondern eine aus Rohhaar, Seegras oder feiner Holzrinde; Bewegungsfreiheit durch lose Kleidung und Umhüllung in denen das Kind trampeln kann und als Zudecke nur eine leichte Leinwand oder dünne Wolle! Bei großer Hitze wird man die Säuglinge, jedenfalls bis über einen Monat alten, öfter und längere Zeit am Tag nackt strampeln lassen, wobei man durch Anfühlen sich überzeugt, ob nicht zu starke Abkühlung eintritt. Man wird sehen, wie behaglich die Kinder sich dabei fühlen. Auch Abwaschungen mit kühlem, gestandenem Wasser und täglich ein- oder zweimal ein etwas kühleres Bad, als sonst üblich, sind wichtig. Man gebe auch nicht immer Milch, die Brust zum Stillen des Durstes, wodurch Ueberfütterung und damit Ueberhitzung und Verdauungsstörungen droht, sondern lauen Kamilletee oder auch kühles Wasser köstlich. Befolgt man diese einfachen Regeln, so werden zahlreiche Kinder den Qualen des kindlichen Schwelms und der Gefahr des Hinterlebens entzogen werden. Ist aber eine Störung im Befinden zu bemerken, dann sofort zum Arzt! Ueber die angeordneten Verhütungsmassnahmen geben nähere Auskunft die Säuglingsfürsorge- und Mütterberatungsstellen, die überall von den Gemeindevorstehern zu erfragen sind. Das Flugblatt ist zu beziehen vom Landesauskunft für hygienische Volksbelehrung zum Preise von 35 Pf. das Stück und 15 Pf. bei 1000 Stück, ausschließlich Porto.

Jahrreis- und Frachtermäßigungen für die Besucher der Leipziger Herbst-Multermesse. Wie wir hören, ist es den immer wieder aufgenommenen Bestrebungen des Reichsamt, für die Reisenden aus Österreich und der Tschechoslowakei Fahrpreisermäßigungen sowohl auf den deutschen als auch auf den österreichischen und tschechoslowakischen Eisenbahnen, zum Teil auch Frachtermäßigungen zu erreichen. Ferner hat die Erste Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft in Wien für die Strecke Baja (Ungarn)-Passau Vergünstigungen für die Passagiere und Frachterleistungen eingeräumt. Die deutschen Reichseisenbahnen geben außerdem für den wiederum von Mainz nach Leipzig fahrenden Gesellschafts-Sonderzug der Reisenden aus den Handelskammernbezirken Mainz, Ludwigshafen, Worms, Saarbrücken usw. die tarifmäßig vorgesehene Vergünstigung von etwa 30 Prozent. Es ist anzunehmen, daß für die Frühjahrsmesse 1922 die Reisenden aus den verschiedenen Teilen des Reichs in beträchtlichen Gesellschafts-Sonderzügen zusammengefaßt werden können, um ihnen eine gleiche Vergünstigung einzuräumen.

Der Rat verbietet aus verkehrspolizeilichen Gründen das Anbieten von Gastmählern sowie den Aufenthalt zu diesem Zwecke innerhalb des Hauptbahnhofes und auf seinem Vorplatz, als Vorplatz des Hauptbahnhofes gelten die an das Bahnhofsgebäude angrenzenden Fußsteige, Fahrbahnen und Platzflächen nebst den daneben außen abgrenzenden Verkehrsflächen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 100 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft, wenn nicht nach den allgemeinen Strafbestimmungen eine höhere Strafe bewirkt ist. Ebenso wird derjenige bestraft, der einen anderen zur Begehung einer Zuwiderhandlung im Sinne von Absatz 1 dieser Bekanntmachung veranlaßt.

Feuermehrbesicht. In den letzten Tagen wurde die Feuerwehr zu 13 Bränden alarmiert. In allen Fällen konnten durch rechtzeitiges Eingreifen größere Schäden verhindert werden. Am 9. August, früh in der 3. Stunde, wurde auf einem Grundstück in der Klingenbergstraße ein Schadenfeuer nach längerer Arbeit mit einer Schlauchleitung beseitigt. In sieben Fällen wurde die Wehr zu Hilfeleistungen verschiedener Art in Anspruch genommen.

Eine eigenartige Verfolgung. Unter dieser Spitzmarke hatten wir am 5. August einen Protest der Strahenschleifer gegen das Verbot des Ausübens ihres Gewerbes auf der Straße veröffentlicht. Dazu schreibt nun der in dieser Notiz angegriffene Verband selbständiger Messerschmiede u. Instrumentenschleifermeister folgendes:

Das Ueberhandnehmen des Karrenschleiferunwesens veranlaßt uns zu unserer Stellungnahme dem Rat der Stadt Leipzig gegenüber nicht zuletzt im Interesse des Publikums selbst, da täglich 30 Wagen in unseren Werkstätten über verfaulte Scheren, Messer usw. einlaufen. Es ist dies ein Beweis, daß es mit den primitiven Werkzeugen der heutigen Karrenschleifer unmöglich ist, ein wirklich gebrauchsfähiges Stück, sei es Rasiermesser, Schere, Tischmesser usw. zu schleifen. Wir beobachteten Karrenschleifer bei ihrer Arbeit und konstatierten, daß dieselben die Scheren nicht auseinandernehmen, sie einfach auf aufgeschmierter Feuerseife, die weder rund noch eckig war, von auswendig anschleifen der Rost wurde etwas abpoliert, mit dem Hammer einige Nuthiebe hineingehauen (ebenfalls ein Kunststreich, der das Auseinandernehmen und Ausrichten einer Schere bei sachgemäß ausgeführten Arbeiten vorzuziehen ist) und die Schere war zur Ablieferung fertig. Das Publikum hat keine Gelegenheit, die sich als unbrauchbar erweisenden Reparaturen zu rüdzubringen, denn die Schleifmaschinen tragen über einen Namen, nach dem man sie zu kaufen, zu hummeln, da in seiner Branche die Nachfrage nach gealterten Messerschmieden, Hobelwerkzeugen und Instrumentenschleifern so groß ist, als gerade in der unfruchtlichen! Den Beweis dafür erbringt ein Einblick in den Arbeitsmarkt unseres Fachblattes Messer und Feile. — Der Krieg entriß uns viele brave Mitarbeiter, der Nachwuchs ist sehr gering, sehr zum Nachteil mancher Meister. — Wer aber will heute unseren Beruf erlernen? Bei dem Namen Scheren- oder Messerschleifer denken die Eltern gleich an den Karrenschleifer und — lassen ihren Jungen ein anderes Handwerk lernen. Auch dies können wir auf das Konto der Karrenschleifer legen. Keiner von den gealterten Messerschmieden, Hobelwerkzeugen oder Instrumentenschleifern hat es nötig, Stempeln zu gehen. Wir erklären uns bereit, brauchbaren gealterten Messerschmieden oder Hobelwerkzeugen des Vereines der Strahenschleifer nach dem Tarif bezahlte Arbeit nachzuweisen.

Sächsl. Verband selbständiger Messerschmiede- und Instrumentenschleifermeister Ortsgruppe Leipzig.

Deutscher Sängerbund, Gau Leipzig. Die Hauptprobe zum Gewerkschaftsfest für die Chöre im Westen findet Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, in den Westendhallen statt. Um zahlreiches, pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Konsumvereinsmitglieder Klein-Kocher. Die für heute Mittwoch nach Mitternachts Restaurant einberufene Versammlung der Konsumvereinsmitglieder in Klein-Kocher findet umständehalber im gleichen Lokal erst morgen Donnerstag, den 11. August, abends 7 1/2 Uhr, statt.

Agitationskommission, Bezirk 1, Westen.

Sozialistische Proletarierjugend Groß-Leipzig. Auf zum Gewerkschaftsfest! Treffen am Sonntag, mittags 1/2 Uhr, auf dem Reichsgerichtsplatze.

Proletarische Freuden. Eine unentgeltliche Bestätigung und Führung durch das Leipziger Krematorium veranstaltet die Feuerbestattungskasse proletarischer Freuden am Sonntag, den 21. August, vormittags 9 Uhr. Die Teilnehmer treffen sich vor der Hauptkapelle des Krematoriums.

Polizeinachtichten.

Der diebische Dekorationsmaler! Etwa in den letzten 8 bis 10 Monaten waren eine Anzahl Malerarbeiten erledigt und daraus mit Sachkenntnis u. a. die wertvollsten Leinwand, Farben, Schellack, Firnis und Malerwerkzeuge gestohlen worden. Jetzt ist die Kriminalpolizei dem Spürhahn auf die Spur gekommen und hat ihn in der Person eines bereits mehrfach vorbestraften, selbständigen Dekorationsmalers ermittelt, bei dem man noch verdächtige, aus jenen Diebstählen herrührende Sachen fand. Auch fand man bei ihm einen ursprünglich blaugrau angestrichen gewesenen, niedrigen, zweirädrigen Tafelhandwagen mit eisernen Stützen, der ohne Zweifel ebenfalls gestohlen ist. Der Beschuldigte behauptet, alles Geschickene, auch jenen Wagen, von einem „Unbekannten“ gekauft zu haben. Sonst noch Geschädigte, sowie der Eigentümer des Wagens wollen sich baldigst bei der Kriminalabteilung melden.

Diebstähle der letzten Tage. Gestohlen worden sind in den letzten Tagen u. a. die folgenden Gegenstände: Sieben Bände des Arzteswerkes „Weltbrand“ aus einer Buchhandlung. — Aus einer Wohnstube in der Schloßstraße L. Döllitz eine goldene Herren-Anfuhre mit Sprungfedern, mit den Buchstaben A. H. graviert. — Ein fast neues Herrenjahrbuch mit der Goldanschrift „Alexrad Model 1“, L. Zepfendorfer und der Rahmennummer 53268 im Hof des jahnärztlichen Instituts, wo es kurze Zeit angeschlossen gestanden hatte. Vor dem Ankauf wird gewarnt. Anbieler lasse man festnehmen.

Die alte Unstute, Blumentöpfe ungesichert auf den äußeren Fensterbänken zu setzen, hätte beinahe für einen hier ausfallenden Architektens aus Schweden schlimme Folgen haben können. Er ging am 6. August in dem Augenblick an dem Grundstück Sternwartenstraße 39 vorüber, als durch den Wind ein Blumentopf aus einem Fenster des 2. Stockwerkes auf die Straße hinabgeweht wurde. Der Blumentopf traf ihn an die linke Sitzseite und verursachte glücklicherweise nur eine 2 1/2 Zentimeter lange Rißwunde.

Was alles gestohlen wird. In der Straßen-Abzweigung Ringstraße und Laufener Weg in L. Klein-Kocher ist in der Nacht zum 27. v. M. eine dort fest in die Erde eingerammte gewesene Straßen-Sperretafel mit der Aufschrift: Gesperrt für allen schweren Fahrzeugverkehr ausgegraben und gestohlen worden. Die Ermittlungen nach dem furchigen Dieb waren bis jetzt leider erfolglos. Verdächtige Beobachtungen teile man sofort der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache mit.

Eine Autodiebstahl ist in Dresden gestohlen worden. Sie trägt die Nummer 11 7039, der Motor die Nummer 3102 und das Fahrgestell die Nummer 1283 und hat Spitzfahler. Mit der Diebstahl sind Papiere auf die Namen Rudolf Jöhner, Georg Müller und Kurt Schwarz lautend entwendet worden. Verdächtige Wahrnehmungen teile man sofort der Kriminalabteilung oder der nächsten Wache mit.

Lebensmittellisten für Donnerstag, den 11. August.

Für Haushaltungen.

Ausgabe. 44. Kartenverteilung: Nachzügler in den Bezirksartenstellen.

Seereskonserven in Weichblechbüchsen (Rindfleisch) für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene auf die vom Ortsamt für Kriegsernährung ausgegebenen Bezugskarten zum Preise von 5 Mk. (etwa 1 Pf.). Jeder Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene erhält 2 Büchsen: Buchstaben M-R, Marktstraße, Galerie, Stand 150, vorm. 7-1 Uhr und nachm. 4-7 Uhr. Diejenigen, die schon Büchsenfleisch erhalten haben, können jetzt nicht mit beliefert werden.

Für Händler.

Ausl. Weizenmehl: Bezugscheinentnahme.

Erwerblose und Kurzarbeiter! Vom 1. bis 13. August Verkauf von Hammelfleisch, pro Pfund 5.80 Mk., im Schlachthof, täglich von 9 bis 3 Uhr. Der Arbeitslosentat.

Aus der Umgebung.

h. Engelsdorf. Öffentliche Gemeinderatsitzung. Dem Fürsorgeverein für Taubstumme werden einmalig 50 Mk. überwiesen. Ein Darlehen in Höhe von 130 000 Mk., welches während des Krieges aufgenommen worden ist, soll durch einen Tilgungsplan aufgebracht werden. Die Ostertragnisse sollen dieses Jahr parzellenweise verlost werden. Es betrifft die Pflaumendämme an der Straße. Die Ertragnisse des Gutes des Gartens, sowie des Wasserwerkes sollen an die hiesigen Schulkinder 50 Prozent unter Marktpreis verkauft werden. Gleichzeitige sagte man den Beschluß, im nächsten Frühjahr wieder Kartoffeln anzubauen. Das frühere Böhme Grundstück an der Bahnhofstraße wird als Turn- und Sportplatz an den Arbeiterturnverein verpachtet. Diejenigen Feldbesitzer, welche infolge von Wohnhausneubauten vorzeitig abernten mußten, sollen durch Zuweisung von Kartoffelfeld am Gaswerk entschädigt werden. Ein Ortsgesetz über Kleinhausbauten wurde genehmigt. Zum Einbau einer Dachwohnung im Grundstück Lindenstraße 5 bewilligte man 1500 Mk. Hierauf standen die Haushaltspläne von 1921/22 zur Beratung. Als neu erschienen im Haushaltsplan folgende Positionen und wurden zum Beschluß erhoben: 1. 1600 Mk. zur Anschaffung eines Kartoffelkranzes. 2. Weitere Beteiligung mit 100 000 Mk. am Gaswerk Engelsdorf. 3. Erwerb und Neuanpflanzung von Straßenbäumen. 4. Bereinigung von Mitteln in Höhe von 20 000 Mk. zur Bestattung von Toten durch die Gemeinde. 5. Ergänzung der Feuerlöschgeräte. 6. Anstellung eines Wegewärters. Die Haushaltspläne weisen einen Bedarf von 2 864 417 Mk. auf, dem stehen 2 080 817 Mk. Deckungsmittel gegenüber, so daß ein Fehlbetrag von 773 600 Mk. entsteht. Nach Berechnung bringen sämtliche Steuern, welche die Gemeinde erheben darf, 846 000 Mk., so daß noch 127 000 Mk. ungedeckt bleiben. Lehtgenannten Betrag glaubt man durch Zuweisung aus der Reichseinkommensteuer, andernfalls durch Anleihe zu decken.

Andenthal-Breitenfeld. Ein äußerst mutiger Arbeitgeber scheint der Wächter des Rittergutes Breitenfeld, Herr König, zu sein. Als sich nach beendetem Lohnkampf der Genosse Bonhage zur Aufnahme der Arbeit meldete, wurde ihm von Herrn König erklärt, er könne ihn nicht einstellen, da die Arbeiterkraft des Rittergutes gebrochen hätte, dann in den Streik zu treten. Bedeutet diese Weigerung einen Vertragsbruch laudabeller Art? Zu sehr man sich wundern, daß Herr König Ansat vor seiner Arbeiterkraft hat, die schon vor Beendigung des Lohnkampfes die Arbeit bedingungslos aufgenommen hatte und damit den übrigen Landarbeitern in den Rücken gefallen war. Er könnte doch erst mal abwarten, ob diese Gelder tatsächlich den Mut dazu aufbringen, und dann stände ihm doch wie im letzten Lohnkampf, die Technische Röhre zur Verfügung. Warum ist man jetzt mit einmal so kleinmütig? Die Triebfeder ist vielmehr darin zu suchen, man will mit der Brotlosmachung des Arbeiters die verhasste Organisation vernichten, als deren Stütze Gen. Bonhage gilt. Und dazu wird die Arbeiterkraft vorgeschoben. Herr König aber irrt sich, wenn er glaubt, dies erreichen zu können. Die Zukunft wird es lehren, wer sich am längsten in Breitenfeld behaupten kann.

Sächsischen Angelegenheiten.

Eine Verordnung über die Benutzung der Friedhöfe.

Die Friedhöfe in Sachsen sind, mit wenigen Ausnahmen in den großen Städten, Eigentum der evangelischen — in einzelnen Fällen der katholischen — Kirchengemeinden. Das Kirchenregiment verfügt deshalb bisher — unterstützt vom alten Obrigkeitsstaat — auch über die Benutzung und äußere Ordnung der Friedhöfe. Durch Gesetz und Verordnungen war die Herrschaft der Kirche unter staatlicher Autorität gesichert, die Freiheit der Staatsbürger in diesen Räumen auch in politischer Hinsicht stark beeinträchtigt.

Nunmehr haben die Ministerien des Innern und des Kultus

und Unterrichts eine vom 21. Juli datierte, in der Sächsischen Staatszeitung am 3. August veröffentlichte Verordnung erlassen, die mit allen den alten Bestimmungen aufträgt, die kirchlich-bürgerliche Gleichberechtigung auf den Friedhöfen herzustellen. Nach dieser Verordnung sind die Friedhöfeverwaltungen nicht mehr berechtigt, für die Bestorbenen verschiedener Bekenntnisse oder Weltanschauungen (Dissidenten) besondere Bestattungszeiten festzusetzen oder ihnen besondere Plätze anzuweisen. Neben am Grabe befindlichen nicht mehr der Genehmigung der Geistlichen.

Nach einer Verordnung des evangelischen Landeskonferenzrats vom 21. April 1883 und einer Verordnung der Regierung vom 15. November 1907 war außerdem verboten „die Veranlassung von Kundtun, welche die Demonstration einer der Kirche sowie der staatlichen Ordnung feindlichen Gesinnung bezwecken“ und „das dieser Absicht entsprechende Führen und Tragen von Fahnen und Abzeichen bei Leichenbestattungen“, „das unbesugte Sprechen am Grabe“. — Alle diese Verbote sollen nunmehr fallen, da die Bestimmungen, auf denen sie beruhen, aufgehoben sind.

Der Anzug der Kirche, für Bestattung von ihr nicht angehörigen Toten wesentlich höhere Gebühren zu verlangen, ist bereits durch das neue Gesetz über das Besteuerungsrecht der Religionsgesellschaften, nach dem das Kirchensteuerrecht von 1913 aufgehoben ist, beseitigt. Die Gebühren für Begräbnisse müssen jetzt für alle Staatsbürger ohne Unterschied gleich sein. Unbeschadet dessen, daß die Kirche bis zur endgültigen Trennung vom Staat noch Besitzrecht der Friedhöfe hat.

Die recht wichtige Sache, um die es sich hier handelt, hat auch im Landtage eine große Rolle gespielt und zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Fraktionen und dem sozialistischen Kultusminister bzw. den sozialistischen Fraktionen geführt. In der Sitzung am 12. April 1921 stand der Antrag der unabhängigen Fraktion zur ersten Beratung, der unter Ziffer 3 „Maßnahmen“ in bezug auf die hier in Betracht kommenden Fragen verlangt. Der Kultusminister hatte bereits eine Verordnung vorbereitet, die im Sinne der nunmehr erlassenen gehalten war. Diese Verordnung sollte schon damals erlassen werden, da die Antragsteller ihren Antrag als erledigt zurückzogen. Das verhinderte jedoch die bürgerlichen dadurch, daß der deutsch-nationale Abgeordnete Jäger den Antrag der Unabhängigen wieder aufnahm, um eine Beratung im Rechtsausschuß zu ermöglichen. Das heißt, um die Sache zu verschleppen, auf alle Fälle Zeit zu gewinnen. Herr Jäger erklärte als Grund dieser Taktik ausdrücklich: Es müsse im Ausnahmefalle sein, die Ungeheuerlichkeiten, die uns jetzt geboten worden sind, in die Schranken zu weisen und die Verordnung des Herrn Kultusministers unmöglich zu machen. Das war also der Zweck der Uebung! Geschäftsordnungsmäßig war dagegen nichts zu machen. Die Bürgerlichen standen auch in diesem Falle zumachen. Das Ziel haben sie nicht erreicht. Denn der Antrag wurde später gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Nur eine Hinausschiebung der Verordnung um etwa drei Monate war die Folge der Obstruktion der Bürgerlichen.

In der zweiten Beratung im Plenum des Landtags gab es nochmals eine lange Debatte über die Sache. Die Bürgerlichen haben die Sache unter Führung des Leipziger Theologieprofessors Abg. Dr. Kendorff auf das formellrechtliche Glei: der Herr suchte zu beweisen, daß der beabsichtigte Eingriff in die Rechte der kirchlichen Friedhöfeverwaltungen gegen die Rechtsprechung verstoße. Schon im Ausschuß hatte man damit operiert, weshalb ein sehr ausführliches Gutachten des Justizministeriums eingeholt wurde, das die beabsichtigte Verordnung des Kultusministers jedoch für zulässig erklärte.

Nunmehr ist auf diesem Gebiet mit dem alten sozialistengesetzlich duzenden Plunder aufgeräumt. Die Trennung von Kirche und Staat wird nun noch die Ueberführung der Friedhöfe in Gemeindegut bringen, denn Friedhöfe sind öffentliche Einrichtungen, die für alle Staatsbürger da sind.

Die einschlägige Verordnung der Ministerien vom 21. Juni, die wir teilweise schon wiedergegeben haben, sei wörtlich nochmals angeführt:

§ 1. Bei Bestattungen ist auf den Friedhöfen (Gottesäckern, Einäscherungsanlagen, Urnenhainen) alles zu vermeiden, was die Empfindungen Andersdenkender verletzt. Auf kirchlichen Friedhöfen gilt dies sowohl für Mitglieder der Religionsgesellschaft wie für Nichtmitglieder.

Ein der Würde des Ortes nicht entsprechendes lautes oder unpassendes Betragen, Tabakrauchen und dergleichen ist verboten.

§ 2. Die Friedhöfeverwaltungen sind nicht berechtigt, für die Bestorbenen der verschiedenen Bekenntnisse oder Weltanschauungen besondere Bestattungszeiten festzusetzen oder ihnen besondere Plätze anzuweisen.

Sie können jedoch anordnen, daß Bestattungen nach verschiedenen Bräuchen nicht gleichzeitig nebeneinander stattfinden. Dagegen sind die Friedhöfeverwaltungen und die Ortsgemeinschaften nicht berechtigt, das Reden am Grabe von ihrer Zustimmung abhängig zu machen.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften in § 1 sind, soweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen eine härtere Strafe bewirkt ist, mit Geldstrafen bis zu 120 Mk. oder Haft bis zu 14 Tagen zu ahnden.

§ 4. Die Verordnung, das Verhalten der Leichenbegleitungen bei Beerdigungen auf evangelisch-lutherischen Gottesäckern betreffend vom 15. November 1907 (GWB. S. 281), und alle dieser Verordnung sonst entgegenstehenden Bestimmungen werden aufgehoben.

Schon längst eine Selbstverständlichkeit.

Wie den U. N. R. aus Dresden gemeldet wird, sind von dem Ministerialgebäude, die immer noch die Aufschriften: „Königlich sächsisches Ministerium“ tragen, die Worte „Königlich sächsisch“ endlich abgemerzt worden. In seinem Vorgehen, das auch äußerlich die Regierung mit den Erinnerungsschildern aus der Zeit des monarchistischen Gottesdienstes auftrug, trat sich das Vaterlandstreu über die hohen Kosten auf, die durch die Beseitigung der äußerlichen monarchistischen Reste verursacht worden sind. Ueber die vielen Millionen, die dem „geliebten Geleit“ und seinem großen Dankenswurm aus den Taschen des Volkes gezahlt wurden und die jetzt gewahrt werden, geriet das Blatt nicht in Erregung. Es ist nur zu wünschen, daß recht bald auch an den vielen anderen Gebäuden im Lande, wo geradezu zum Dohne auf die republikanische Verfassung immer noch das „Königlich sächsisch“ in großen Lettern prangt, der Meißel angelegt wird.

Auszahlung von Kriegsgefangenenengulden.

Den aus England heimgeführten Kriegsgefangenen wird halbjährlich bekanntgegeben, daß die Gelder, die durch die Hauptkasse des Kriegsgefangenenwesens, Berlin SW. 68, Schützenstr. 3, auf Grund ihrer dort vorgelegten Quittungen ausgezahlt worden sind, nur vom Reich geleistet worden sind und daß die endgültige Abfindung erst nach Eingang der fremdstaatlichen amtlichen Gutachten erfolgen kann. Denjenigen Heimkehrern, die aus England vom November 1918 bis Ende August 1919 zurückkehrten, wird ein Umrechnungsfuß von 50 Mk. für 1 Pfund Sterling berechnet, weil er den Durchschnittsfuß dieser Zeit festsetzt. Für die später aus England und für alle aus Frankreich Heimgeführten wird der Kurs des Entlassungstags aus dem Durchgangslager gewährt. Weiteres Entgegenkommen ist bei der Finanzlage des Reiches unmöglich. Die fremden Staaten haben den Arbeitslohn der deutschen Gefangenen noch nicht gezahlt. Die Forderungen der Kriegsgefangenen bestehen nicht gegen das Deutsche

Reich, sondern gegen die früher feindlichen Regierungen. Das Reich zahlt die Vorkasse freiwillig und aus Entgegenkommen für die Helmgeherten.

Größe im kaatlichen Steinkohlenwerk Zanderode.
Wie uns aus Dresden gemeldet wird, entstand Montag abend ein Brand im Vorkammer des kaatlichen Steinkohlenwerks in Zanderode. Er fand sofort reiche Nahrung an den Dels-, Fett- und Wollwäschereibänden, die mit großer Geschwindigkeit aus. Das ganze Wäschereibäude ist niedergebrannt. Drei Elektromotoren im Friedenswert von 300.000 Mark sind mit verbrannt. Der Gesamtschaden wird auf rund 1,5 Millionen Mark geschätzt. Verhängnisvoll war es, daß der Fernsprecheinrichtung bereits um 9 Uhr eingestürzt war. So mußte man Eilboten nach den verschiedenen Feuerwehrlagern senden, wodurch kostbare Zeit verloren ging. Die Untersuchung über die Ursache des Brandes ist im Gange. Man will einen Mann beobachtet haben, der verbotlich mit offener Lampe arbeitete. Der eifrigen Arbeit der Feuerwehren ist es zu danken, daß sich der Brand nicht mehr ausbreitete und daß namentlich die Holzbauten gerettet wurden.

Die Ortsklasseneinteilung für Sachsen.
Die Verhandlungen über die endgültige Ortsklasseneinteilung in Sachsen, die ursprünglich bereits im Juli stattfinden sollten, werden, wie die Sächsisch-Böhmische Korrespondenz erfährt, voraussichtlich in der zweiten Augusthälfte im Statistischen Reichsamt beginnen.

Chemnitz. Bei einer Ferienwanderung Chemnitzer Schulkinder am Großen Winterberg ergaben sich zwei 13-jährige Knaben, die sich beim Baden in der Elbe zu weit in das Wasser gewagt hatten.
Serenitz. Bei dem bliesigen Brande sind 5 Häuser, darunter ein großer Gebäudekomplex, dem Feuer zum Opfer gefallen. Etwa 20 Personen mit 5 Dampfsortimenten mußten sich stundenlang um die Eindämmung und Löschung des Brandes. Das Feuer war mittags in der Kaffeebäckerei von Abraham Düreninger vermutlich durch Funkenflug ausgebrochen. Die Höhe des Schadens steht noch nicht fest.
Tharandt. In der Nacht zum Montag haben vier Unbekannte einen Dresdener Automobilfahrer seines Fahrzeuges, das einen Wert von 180.000 Mark hatte, beraubt.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Aufruf des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes.

Vom Vorstand des A.D.G.B. wird folgender Aufruf erlassen:
Die neuen Preissteigerungen.

Eine neue große Teuerungswelle ergreift sich über das deutsche Volk. In der enormen Erhöhung des Brotpreises findet sie im Augenblick ihren schärfsten Ausdruck. Jedoch nicht minder fühlbar sind die verschiedenen sonstigen Preissteigerungen, die in den letzten Wochen bereits eingetreten sind, und mit drückender Sorge sehen die unbemittelten Bevölkerungsteile der gewaltigen Lastenvermehrung entgegen, die in den nächsten Wochen und Monaten unabwendbar kommen wird.

Die Gewerkschaften haben im letzten Winter sich ernsthaft bemüht, auf einen Preisabbau hinzuwirken. Leider vergebens. Der A.D.G.B. hat auch rechtzeitig und wiederholt seinen Einfluß geltend gemacht, um die Brotpreissteigerung zu vermindern. Das ist ihm gleichfalls nicht gelungen.

Die Gewerkschaften trifft somit keine Verantwortung dafür, daß die Arbeiter nunmehr gezwungen sind, auf der ganzen Linie neuerlich beträchtliche Lohnforderungen zu stellen und diese Forderungen mit den Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes auch durchzuführen.

Die Gewerkschaftsvertreter haben schon am 1. April die Vertreter der Arbeitgeber in der Zentralarbeitsgemeinschaft ersucht, gemeinsame Schritte gegen die bevorstehende Brotpreissteigerung zu unternehmen. Die Arbeitgebervertreter konnten sich hierzu nicht entschließen, sondern gaben die Erklärung ab, daß im Falle einer Erhöhung des Brotpreises eine entsprechende Regelung der Löhne folgen müsse, wenn nicht durch eine inzwischen eingetretene Preislenkung anderer Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs bereits ein Ausgleich geschaffen sei.

Diese hier erhoffte Preislenkung ist ausgeblieben, es ist im Gegenteil eine große Preissteigerung teils schon erfolgt, teils unmittelbar bevorstehend.

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß die nun leider nötig gewordenen Lohnsteigerungen auf neue Preissteigerungen wirken müssen. Schon früher haben sie nachdrücklich betont, daß sie nur mit Widerstreben diesen ungesunden Kreislauf mitmachen. Ihre Bemühungen, die weitere Entwicklung der Dinge so zu beeinflussen, daß wir endlich aus dem Zirkel herauskommen, sollen mit verstärkter Kraft fortgesetzt werden.

Solange jedoch, bis dies gelungen ist, bleibt der Arbeiterschaft kein anderer Weg als der, durch ausreichende Lohnsteigerungen sich einen Ausgleich für die fortschreitende Teuerung zu schaffen. Der Arbeiter muß leben können, wenn er arbeiten soll. Deshalb hat jeder, der sein Interesse an der Erhaltung und Vermehrung der deutschen Arbeitskraft gefunden will, die Pflicht, die Arbeiterschaft und ihre Organisationen bei der Erringung auskömmlicher Löhne tatkräftig zu unterstützen.

Unser Mitglieder und alle Arbeiter und Arbeiterinnen im ganzen Reich rufen wir hiermit auf, einig und geschlossen in den Gewerkschaften zusammenzutreten. Größer und schwieriger als jemals sind die uns bevorstehenden Aufgaben. Die Gewerkschaftsleitungen sprechen vor ihnen nicht zurück, sie werden tun, was ihre Pflicht ist. Aber nur in Einigkeit und mit vertrauensvoller Unterstützung können die Gewerkschaften diese Aufgaben erfolgreich für die Arbeiterschaft erfüllen.

Berlin, den 5. August 1921.
Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Th. Leipart.

Mit diesem ziemlich kraft- und lastlosen Aufruf, der mehr nach einer Entschuldigung aussieht als nach einer Anfeuerung zum Kampf, darf es nicht bewenden bleiben. Der A.D.G.B. hat die Pflicht, gegebenenfalls die in den acht Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und Angestellten ruhenden Kräfte zum Kampf aufzurufen, um den Versuch zu machen, das Proletariat vor völliger Verflüchtung zu bewahren.

Nachträge zum Leipziger Matereitel.

Während in dem siebenwöchigen Lohnkampf sich von den organisierten Berufscollegen nur ein einziger (Gustav Horn, Leipziger Gehilf, Lützenstraße) bereit fand, den Unternehmern Ausreisepässe zu leisten, haben eine Anzahl kleiner „Meister“ durch ihre „ehrenvolle Tätigkeit“ dazu beigetragen, daß der Streik von verhältnismäßig langer Dauer war. Als einer der überlistigen von der Front der Streikbrecher „bewährte“ sich der Meister Damm, wohnhaft in Seehausen, der auch noch diejenigen, die ihn auf das Unmoralische seiner Handlungsweise hinwiesen, wegen Nötigung zur Anzeige brachte. Die Leipziger Kollegenschaft wird wissen, wie sie diese Kuchkollegen zu bewerten hat. Alle diese Liebesdienste haben den Arbeitgebern nichts genützt, wie der volle Erfolg des Lohnkampfes zeigt, wohl aber ist die Organisation gestärkt daraus hervorgegangen und die Herren Arbeitgeber werden hoffentlich für die Zukunft auch die nötigen Lehren daraus ziehen.
Alle Kollegen, die noch Ansprüche an den Verband haben, ersuchen wir, dieselben bis spätestens 15. August geltend zu machen, da an diesem Tage die Streikbrechung fertiggestellt wird.
Verband der Meister, Lackierer, Anstreicher etc., Filiale Leipzig.

Staatliche Anstalten als Vertragsbrecher!

Der Lohnkampf der Landarbeiter wurde beendet, als der Arbeitgeberverband in Gegenwart der Regierungsdirektoren die Erklärung abgab, keine Maßregelungen vorzunehmen, sondern die Streikenden reiblos einzustellen. Diese Vereinbarung scheint aber nicht für die kaatlichen landwirtschaftlichen Versuchsanstalten zu bestehen. Während die privatkapitalistischen Landwirte die Vereinbarung fast reiblos erfüllten, sind in den von Professoren geleiteten Versuchsanstalten in Oberholz und Probstheida die Streikenden nicht eingestellt worden. Diese Herren glauben ihr Weibchen damit lücheln zu können, daß sie die Kollegen, die bis zuletzt tapfer ausgehalten haben, auf die Straße setzen.

An der Regierung wird es liegen, diesen Reaktionen zu zeigen, daß die Vereinbarungen, die getroffen sind, mindestens von den kaatlichen Anstalten gehalten werden müssen. Eine gründliche Säuberung in diesen Stellen wird sich dabei als notwendig erweisen.
Deutscher Landarbeiter-Verband.
Wir verlangen von der Regierung, daß sie sofort einreißt und den reaktionären Anstaltsleitern beibringt, daß Verträge auch gehalten werden müssen. Auf keinen Fall darf gebuhlet werden, daß Landarbeiter gemahregelt werden.

Lohnbewegung der Eisenbahner.

Der deutsche Eisenbahnerverband teilt uns mit: Am 9. August traten die Vertreter der vier großen Eisenbahnerorganisationen: Deutscher Eisenbahnerverband, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter, Magdeburger Eisenbahnerverband und Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und Angewandten zu einer Beratung über die Durchführung der aus der Preissteigerung auf allen Gebieten sich ergebenden Lohn- und Gehaltsforderungen zusammen. Nachdem die Reichsgewerkschaft erklärt hatte, mit Rücksicht auf ihre Jugendlichkeit vom Deutschen Beamtenbunde vorläufig eine Einheitsfront für die Eisenbahner nicht herstellen zu können und ihre Vertreter sich geweigert hatten, gemeinsame Forderungen aufzustellen, erfolgte die Konstituierung des Sachverständigenausschusses, der sich aus den erstgenannten drei großen Verbänden zusammensetzt. Ueber die einzureichenden Forderungen wurde polige Uebereinstimmung erzielt. Aufgebessert werden sollen die Besätze der Arbeiter, Angestellten, Diätar, Beamten und der Pensionäre. Es ist verurteilt worden, die Verhandlungen auf schnellstem Wege zu bringen.

Eine Sitzung der Vertrauensleute und Betriebsräte des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuliersverbandes, die in der Lederwaren-, Reise- und Sportartikelbranche beschäftigt sind, befaßte sich mit dem neuen Lohnabkommen, das am 1. August in Kraft tritt. In dem Bericht der Ortsverwaltung sowie in den Ausführungen aller Disziplinarmänner wurde zum Ausdruck gebracht, daß dieses neue Lohnabkommen eine direkte Verhöhnung der Arbeiterschaft darstellt. Scharf wurde von allen Rednern die Handlungsweise der Zentrale verurteilt, die sich in einer Zeit fortwährender Teuerung mit der minimalen Erhöhung der Löhne von 5 Prozent nach Hause schickte. Es müßte unbedingt geordnet werden mit dem alten Brauch, alles über die Köpfe der Mitglieder abzuklappen. Von der Zentrale wurde verlangt, daß sie alles tut, was möglich ist, um die Kollegenschaft vor dem Verhöhnung zu schützen. Der Kollegenschaft mußte leuten Endes die Entscheidung über die Gestaltung ihrer Lebensbedingung in die Hand gegeben werden. Es wurde ausdrücklich betont, daß die Kollegenschaft nicht davor zurückzucken werde, auch die äußersten Mittel zu ergreifen, um ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen menschenwürdig zu gestalten.

Einmütig wurde eine Resolution angenommen, in der gefordert wird, daß der A.D.G.B. eine Aktion einleitet, damit eine allgemeine Lohnsteigerung durchgeführt werden kann.

Verband der Tabakarbeiter.

In der letzten allgemeinen Mitgliederversammlung wurde der Bericht des Vorstandes gegeben. Die Einnahmen der Verbandstasse betragen inklusive Bestand 30.075, 16 Mk., die Ausgaben 15.304,70 Mk., Bestand 14.770,46 Mk. Die Lokalstasse verzeichnete eine Einnahme von 10.700,69 Mk. und eine Ausgabe von 8.952,55 Mk., blieb Bestand 2.818,14 Mk.

Nach lebhafter Debatte wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Die Versammlung, die von Zigarrenarbeitern, Rauchtabak-, Schnupftabak- und Kautabakararbeitern, sowie Zigarettenarbeitern besucht ist, ersucht den Hauptvorstand des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, in den nächsten Tagen an die Fabrikanten resp. Arbeitgeberverbände heranzutreten und zu fordern, daß für sämtliche in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen den Verhältnissen entsprechende Teuerungszulagen gezahlt werden. Die Versammlung gibt sich der Hoffnung hin, daß in dieser Weise vom Hauptvorstand alles getan wird. Sollte jedoch nichts unternommen werden, dann wird und muß die Tabakarbeiterschaft zur Selbsthilfe greifen. Die Versammlung erwartet eine sofortige Antwort über die Stellungnahme des Hauptvorstandes zu dieser Resolution!“

Dann wurde kritisiert, daß die Tabakarbeiter immer noch im Rückstand mit den Vorkassenscheinen sind. Mit besonderer Schärfe wurde das undisciplinierte Verhalten der Kollegenschaft Leipzigs kritisiert. Wiederholt ist schon darauf aufmerksam gemacht worden, daß das Umklauen in den Betrieben nach Arbeit zu unterlassen ist. Die Tabakarbeiter sollen nicht ohne weiteres auf die Arbeitergehalte in den Betrieben reagieren. Vor allen Dingen ist es notwendig, bevor die Arbeit auf diese Weise hin angenommen wird, daß die Kollegen sich erst im Verbandsbureau orientieren, ob in diesen Betrieben mindestens der Tariflohn gezahlt wird. Außerdem ist es notwendig, daß die sich in Arbeit befindlichen Kollegen erst erkundigen, ob arbeitslose Tabakarbeiter

vorhanden sind, ehe sie die Arbeitsplätze wechseln. Im Interesse der Arbeitslosen muß eine geordnete Arbeitsvermittlung angestrebt werden. Dann wurde noch beschlossen, sich dieses Jahr zum Gewerkschaftsfest am Sonntag, dem 14. August, geschlossen zu beteiligen. Alle Tabakarbeiter treffen sich mittags 1 Uhr am Freizeitsportplatz (Reichshalle). Kollegen, ersucht dazu pünktlich und zahlreich. Außerdem, Tabakarbeiter, vergeßt nicht die Sammlungen für unsere sich im Gefängnis befindlichen Kollegen Gustav Herrmann und Otto Wernicke.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Die jüngst vom Reichstage verabschiedete Novelle zur Angestelltenversicherung hat in den Kreisen der an ihr beteiligten Versicherer eine lebhafteste Diskussion hervorgerufen, namentlich werden Bezüge mit der Invalidenversicherung gezogen.

Bei diesen Vergleichungen wird von weniger Eingeweihten gewöhnlich nicht berücksichtigt, daß die Invalidenversicherung schon vor Jahrzehnten in die Rentengewährung eingetreten ist, wogegen bei der Angestelltenversicherung die Wartzeit für die Gewährung von Invalidenrenten erst am 31. Dezember 1922 abläuft. Die Invalidenversicherung verwendet also ihre Einnahmen tatsächlich zum Übergang Teile dazu, an invalide gewordene Versicherer über den Witwen und Waisen von Versicherern Renten zu gewähren. Sie hat im Jahre 1919 bei einem Bestande von etwas über 12 Millionen Versicherten insgesamt 465.614.100 Mk. an laufenden Renten ausgegeben, wozu noch 2.624.153 Mk. einmalige Barleistungen außer dem Selbstverfahren usw. kommen.

Dagegen ist die Angestelltenversicherung bis zum 31. Dezember 1922 noch in der Lage, Ausgaben nur für das Selbstverfahren, für Witwen- und Waisenrenten oder für Verwastungskosten zu machen, denn die Gewährung von Invalidenrenten beginnt bei ihr erst vom 1. Januar 1923 ab. Nach dem Jahresbericht von 1919 hat die Angestelltenversicherung bei einem Bestande von 1.487.455 Versicherten an Renten nur 930.952 Mk. ausgegeben. Die Invalidenversicherung zahlte also an Renten pro Kopf der Versicherten 34,18 Mk., die Angestelltenversicherung nur 68 Pfg. im Jahre 1919.

Wenn nun die Angestelltenversicherung gleichwohl genötigt ist, ihre Beiträge zu erhöhen, bevor sie überhaupt dazu kommt, die gesetzlichen Verpflichtungen im vollen Umfange zu erfüllen, so ist in der Tat zu begründen, daß in weiten Kreisen der Angestellten die Frage diskutiert wird, ob nicht eine finanzielle Besserung der Angestelltenversicherung dadurch herbeigeführt werden sollte, indem man zur Ersparrung von Verwaltungskosten eine Vereinfachung der Sozialversicherung vornimmt in der Weise, daß man die Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung verschmilzt.

Forderungen der Eisenbahner des Direktionsbezirks Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 10. August. Eine in Bad Homburg abgehaltene Versammlung des Allgemeinen Deutschen Eisenbahnerverbandes, Direktionsbezirk Frankfurt a. M., fordert eine Stundenzulage von mindestens einer Mark und eine Wirtschaftsbeteiligung von mindestens 2000 Mark.

Die Kreuzbacher Metallarbeiter ausgesperrt. Da die ausländischen Arbeiter einer Firma die Arbeit am Sonnabend nicht wieder aufgenommen haben, hat der Arbeitgeberverband für das Metallgewerbe sämtliche Metallarbeiter in Kreuzbach ausgesperrt.

Ausdehnung des rheinischen Scherstreiks. Der Scherstreik nimmt im ganzen Bezirk an Ausdehnung zu. Der Ausstand hat bereits auf die preußische Seite nach Bielefeld und in den Rhein- und Ruhrgebiet übergriffen.

Strassenbahnstreik in Aresfeld. Hier sind am Dienstag die Strassenbahnangeestellten in den Streik getreten. Nur zehn Angestellte haben sich gegen den Ausstand ausgesprochen.

Internationaler Metallarbeiterkongress.

Am 8. August begann in Luzern der neunte internationale Metallarbeiterkongress. In seiner ersten Sitzung befaßte sich der Kongress mit dem Berichte des Sekretärs C. A. Bern. Danach gehören dem internationalen Verbände 18 Länder, mit 43 Landesverbänden und 4.000.000 Mitgliedern an. Besonders zu erwähnen sei der Beitritt einer der größten amerikanischen Organisationen mit 350.000 Mitgliedern. Der Bericht wurde einstimmig genehmigt. Auf dem Kongress ist Deutscher Land durch 12 Delegierte vertreten; aus anderen Ländern sind angewandene Delegierte aus der Schweiz, Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Holland, Italien, Österreich, Luzemburg, Polen, Norwegen, Ungarn und der Tschechoslowakei.

Wir berichten über die Tagung noch ausführlich.

Allgemeiner Textilarbeiterstreik in Italien.

Die Frankfurter Zeitung meldet aus Rom: Ein neuer riesenstreik im Textilgewerbe steht bevor. Die Fabrikanten kündigten wegen schlechter Konjunktur die Lohnverträge, worauf die Arbeiter beschlossen, in ganz Italien am 11. August in den Ausstand zu treten.

Arbeitskämpfe in der Tschechei.

Der Verband der nordmährisch-schlesischen Textilindustriellen hat 300 bis 4000 Angestellte in Friedel und Umgegend entlassen. Die Arbeitgeber verlangen Erhöhung der Arbeitsfähigkeit und Herabsetzung der Teuerungszulagen. Die Witkower Eisenwerke haben bereits 3000 Arbeiter entlassen und wollen nicht die letzten Domänen des Sophienwerks lösen. Sollten sich die Verhältnisse nicht bessern, sollen am 1. September weitere 2000 Arbeiter entlassen werden. Der Stand der chemischen Fabriken Nordböhmens ist krisenhaft. Viele Unternehmungen müssen wegen Rohstoffmangels schließen.

Briefkasten.

Alter Abonent in der Gabelberger Straße. Bis zum 31. Oktober d. J. können die erhöhten Abzüge von 8,40 Mk. pro Woche für Sie von der Steuer gefürzt werden. Bei einem Wochenlohn von 295 Mk. gehen danach nur 18,70 Mk. für Steuern ab. Sie müssen 276,30 Mk. ausgezahlt erhalten. Berufen Sie sich auf die Verordnung des Reichsfinanzministers und auf die Anordnung des Finanzamts. Diese ist abgedruckt in Nr. 179 der Leipziger Volkszeitung vom 3. August. Briefliche Auskunft kann nicht erteilt werden.

Sch. Das läßt sich nicht voraussagen. Auf alle Fälle empfiehlt sich der Beitritt zur Feuerbestattungskasse der proletarischen Freidenker.

Genossen! Rüstet zum Gewerkschaftsfest, Sonntag, 14. August, auf dem Sportplatz!

Licht- und Naturheilverfahren
F. H. Geißler
Blutreinigungskuren, Sorgt. Behandlung. Voraussehende gründl. Untersuchung der inneren Leiden mit Nachprüfung aus den Krankheitszeichen in den Augen. Sprechz. 9-12 3-5. Pfaffendorfer Str. 14.

ff. Leder-Ausschnitt
empfiehlt
Lederhandlung Heinrich Berthold
Leipzig, Nikolaistraße 20-26.

Öffentlicher Vortrag
Donnerstag, den 11. August 1921, abends 8 Uhr
im großen Saale des Deutschen Hauses, Leipzig-Bismarck
Die kommenden u. die heutigen Steuern
Referent: Herr Direktor Martin Weiße.
Eintritt frei.
Gesellschaft zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen für Handel, Gewerbe und Industrie m. B. S.
Leipzig, Kaiser-Wilhelm-Straße 13.

Gerste
eingetroffen.
Süßner-Grainfutter 1.50
Röchner 1.90
Mais 1.80
Aale 1.40
Ralfelne beieitigt
Calcol 61. 3.-
Preise bei 10 Pfg. im Str. bill.
Feist, Adelsstraße 12
Strassenbahn 1 u. 8.

Ohne Geld
nur durch monatlich Miete gelangen Sie in d. Besitz v.
Beleuchtungs-Körper
Gasleucht., Bords, Tischleuchte usw.
Leipziger Beleuchtungs-Zentrale
Nikolaistraße 25. 1*

Wanzen
Käse, Blut, Blatt, Mehl-, Kopfleuchte, Motten, Mäuse die ganze Brut beieitigt in sich, wirkendes Ungeziefermittel
radital Feist, Adelsstraße 12
Strassenb. 1 u. 8.

Hundert Prozent.

von Upton Sinclair.

XXXIV.

In einer derartigen Umgebung ward Peters Ausbildung als Detektiv gleichsam mit Gewalt vollendet. Er lauschte angestrengt, wagte zwar nicht, Notizen zu machen, bewachte jedoch in seinem Geiste neue Wissenschaften. Als er aus dem Gefängnis entlassen wurde, vermochte er Mc. Givneys ein gutes Bild der verschiedenen sozialistischen Organisationen in American-City und ihrer Verhältnisse zueinander zu geben.

Peter bemerkte gar bald, daß Mc. Givneys Plan ein glänzender gewesen war. Peter war nun ein Held und Märtyrer, seine Stellung im linken Flügel gesichert; hätte einer gewagt, ein Wort wider ihn zu sagen, er wäre streng gerügt worden. Doch verspürte auch keiner Lust, sich gegen Peter zu wenden; kein alter Feind Mc. Cornid befand sich auf einer Organisationstour unter den Petroleumarbeitern.

Duggan hatte sich mit Peter angefreundet und vermittelte die Bekanntschaft mit etlichen Freunden, die in einem leerstehenden Lagerhaus wohnten, das zufällig Oberlichtfenster hatte. Derart wurde jeder Raum darin zu einer Art Atelier. Einige Radikale hatten hier Zimmer gemietet und verbrachten hier ein Vidualleben, das, wie Peter erfuhr, „Bohemien“ genannt wurde. Es waren fast ausschließlich junge Leute, mit Ausnahme von zwei oder drei alten Schiffbrüchigen. Sie trugen Flanellhemden, welche Kragen oder gar keine Kragen, ihre Finger waren stets mit Delfarbe beschmiert. Ihre Bedürfnisse waren einfach, sie verlangten vom Leben bloß Wein und Zigaretten, Sauerkraut und Bier. Den ganzen Tag saßen sie an der Staffelei, malten die unglücklichsten Bilder: rosa Himmel, grünelicthige Frauen, purpurnes Gras und phantastische Farbenlecke, die sie wahllos „Frau mit Senftopf“ oder „Alte, die Treppe herunterkommend“ nannten. Andre schrieben gleich Duggan den ganzen Tag Gedichte, klapperten an der Schreibmaschine, wenn sie genügend Gedicht hatten, eine zu mieten. Einige sangen, einer spielte Klavier und brachte damit die andern zur Verzweiflung. Unter ihnen lebte auch ein junger Bursche vom Lande, der dem Elternhaus entflohen war, weil die Familie den ganzen Sonntag Choräle sang — und immer falsch sang.

Von diesen Leuten hörte man die revolutionärsten Ausprüche, doch erkannte Peter bald, bei ihnen blieb alles bei den Worten. Sie befähigten ihre Mut mit wilden Farbenlecken oder tollen Tönen auf dem Klavier. Die wirklich gefährlichen Elemente waren nicht hier zu finden, versteckten sich in eigenen Bureaus und Höhlen, bereiteten Streiks vor, agitierten, verbreiteten aufrührerische Literatur unter dem Volk.

Diese letzteren traf man in der sozialistischen Lokalgruppe, im Hauptquartier der T. W. W., in verschiedenen Clubs und Vereinen, in denen Peter als Mitglied stets willkommen war. In der Lokalgruppe herrschte ein wilder Kampf über die Frage des Krieges. Wie sollte sich die Partei verhalten? Eine kleine Gruppe glaubte, es wäre im Interesse des Sozialismus, hätte man den Alliierten den Kaiser zu schlagen. Eine andre, entschlossener Gruppe meinte, der Krieg sei eine Verschwörung des verbündeten Kapitalismus, der seine Macht festigen wolle, und diese Gruppe forderte, die Partei solle gegen Americas Beteiligung am Kriege kämpfen. Die beiden Gruppen versuchten die Geister der Mitglieder zu beeinflussen, die verwirrt und verständnislos den gewaltigen Fragen gegenüberstanden. Peter war befohlen worden, sich den radikalsten Antimilitaristen anzuschließen; ihr Vertrauen mußte er gewinnen, sie waren die gefährlichsten Elemente der Bewegung, und Mc. Givneys Streben ging dahin, soviel Zwischenfälle wie möglich zu verursachen.

Auch im Hauptquartier der T. W. W. tobte der Kampf. Sollte man streiken und die Hauptindustrie des Landes lahmlegen? Oder war es besser, einfach weiter zu organisieren und agitieren, bis das Proletariat von selbst des militärischen Abenteuer überdrüssig wurde? Etliche der T. W. W. gehörten ebenfalls der sozialistischen Partei an und betätigten sich bei deren Versammlungen, so z. B. Henderson und Gub Linstrom, die seit den Gefängnistagen Peters vertraueste Freunde waren.

Peter kam auch mit den Basisten zusammen, mit dem „Rat des Volkes“, wie sie sich nannten. Viele derselben waren fromme Leute, darunter einige Geistliche, Donald Gordon, der junge Quäker, und eine große Anzahl Frauen — sentimentale junge Mädchen, die von dem Gedanken des Blutvergießens zurückschreckten, und angstvolle Mütter mit tränenfeuchten Augen, die davor bestanden, daß ihre Lieblinge einberufen würden. Peter erkannte sofort, die Mütter hätten keinerlei „Gewissensgründe“. Jede Mutter dachte bloß an den eigenen Sohn und an niemand anderen. Dies ärgerte Peter, und er achtete darauf, daß die Lieblichen dieser Mütter bei der Einberufung nicht vergessen werden.

Er behuchte eine Basistenversammlung im Hause eines Schulmeisters. Herzzerreißende Reden wurden gehalten, schließlich erhob sich die kleine Ada Ruth, die Dichterin, und fragte, würde alles wieder bei leeren Worten bleiben, oder wollten sie sich endlich organisieren und eine Aktion gegen die Dienstpflicht unternehmen? Wollten sie nicht wenigstens einen Protestzug veranstalten, ins Gefängnis kommen, wie dies der Genosse Peter Gudge so heldenhaft getan hat?

Der Genosse Peter wurde aufgefordert, einige Worte zu sprechen; er erklärte, er sei kein Redner, außerdem sprächen Tatsachen lauter als Worte, und er habe versucht, seine Ueberzeugung durch Taten zu beweisen. Die andern schämten sich und beschloßen, zur Tat überzugehen. Ada Ruth wurde Präsidentin und Donald Gordon Sekretär der „Antidienstpflicht-Liga“. Am gleichen Abend erhielt Mc. Givney eine Liste der Mitglieder.

XXXV.

Das Land war in den Krieg eingetreten. Die ungeheure Militärmaschine setzte sich langsam in Bewegung, die Wogen des öffentlichen Gefühls brandeten auf. Der Kongreß hatte eine riesenhafte Anleihe genehmigt, ein gewaltiger Propagandaapparat wurde aufgebaut, die Vier-Minuten-Redner ließen von Maine bis Kalifornien ihre Stimmen erschallen. Peter las allmorgendlich die American-City-Times, verschlang die Reden der Staatsmänner und die Predigten der Geistlichen, betrachtete Karikaturen, studierte Leitartikel, die vor Patriotismus brannten. Alldies nahm er in sich auf, und seine Seele verwandelte sich. Bisher hatte er bloß für sich selbst gelebt, doch kommt für jeden Denkenden einmal der Tag, da er einsteht, er sei nicht das einzig Wichtige im Weltall, der einzige Zweck alles Geschehens. Peters Gewissen hatte ihn häufig gequält, er hatte oft an seiner eigenen Rechtfertigung gezweifelt. Peter bedurfte, wie jede andre lebende Seele, einer Religion, eines Zieles. Die Not hatten freilich eine Religion, doch gefiel diese Peter nicht. Sie erschien ihm niedrig, ihre Anhänger ermangelten der Grazie, der Stellung, der Gewandtheit, die mit dem Machtbewußtsein kommt. Auch war ihre Begeisterung lärmend und gemahnt; Peter an die Apollonische Kirche. Außerdem unterstrichen sie immer die dunklen, schmutzigen Seiten des Lebens. Bloß ein Narr lauschte gerne traurigen, tränenempfindlichen Erzählungen, wenn er ebenloht die Pracht und Herrlichkeit der Welt genießen könnte.

Sie jedoch war eine Religion die Peter entsprach. Geistlich, in schneeweißen Linnenengewändern predigten in Kirchen, wo goldene Altäre standen und bunte Fenster herrliche Farben spiegelten. Staatsmänner, vom Heiligenchein des Ruhms verklärt, wanderten unter hochgehenden Taufenden umher, Industrieherren, deren bloße

Namen Zauberkräfte besaßen, die imstande waren, durch einen einzigen Federzug Städte in der Wüste aufzuleben, durch Granaten und Geschosse zerstört zu lassen, wandelten im Zug; mit ihnen die Redakteure und Karikaturisten der Times, wichtig, gelehrt, klug. All diese Menschen schrien Peter eine Religion, ein Ideal, das er zu verstehen vermochte. Peter wird auch fürderhin tun, was er bisher getan hat, doch nicht mehr im Namen Peter Gudges, der Ameike, sondern im Namen einer mächtigen Nation von hundertzehn Millionen Menschen, mit ihren unschätzbaren Erinnerungen an die Vergangenheit, ihren unbegrenzten Hoffnungen auf die Zukunft; er wird handeln im geheiligten Namen des Patriotismus und dennoch heftigsten der Demokratie. Außerdem — welche herrliche Verbindung von Zufällen, — haben die großen Geschäftsleute ein neues Geheimbureau mit Guffen als Leiter errichtet und werden Peter fünfzig Dollars die Woche zahlen, solange er der heiligen Sache dient.

In jenen Tagen war es für Staatsmänner und Redner modern, sich in Patriotismus zu überdienen; Peter las ihre Worte, hegte sie in seinem Geist, bis sie ein Teil seiner selbst schienen, und ihm war, als habe er sie erfunden. Er wurde immer gieriger nach dieser Seelennahrung und fand auch stets neue; schließlich ward seine Seele fett und aufgeblasen wie ein Blasebalg. Peter wurde ein Patriot der Patrioten, ein „Merpatiot“. Peter war ein stolziger Amerikaner, kein Schwächling, war ein männlicher Amerikaner, ein hundertprozentiger Amerikaner. Hätte es so etwas wie hundert und ein Prozent gegeben, Peter wäre ein hundertundeinprozentiger Amerikaner geworden. Peter war ein derart echter Amerikaner, daß der Blick eines Ausländers bei ihm Kaufstübchen hervorrief. Was die Not anbelangte, so konnte er lange Zeit keine Worte finden, um seinen Gefühlen gegenüber Ausdruck zu verleihen. Endlich tat dies ein berühmter Geistlicher für ihn, indem er sagte: er möchte alle Not auf ein Schiff bringen, dessen Segel aus Blei, dessen Mast aus Stein seien und sie damit zur Hölle schicken.

Es quälte Peter, daß er nicht gleich zu Taten übergehen konnte. Wie viele Beweise verlangt denn das Geheimbureau noch? Immer wieder stellte Peter Mc. Givney diese Frage und dieser erwiderte regelmäßig: „Nur keine Ungebuld. Sie erhalten ja jede Woche Ihren Lohn, was wollen Sie denn eigentlich?“

„Ich kann diese Leute nicht mehr schwächen hören,“ meinte Peter. „Möchte ihnen das Maul stopfen.“

Peter begann die Haltung der Sozialisten als persönliche Beleidigung aufzufassen. Sie hielten alle Peter für einen Genossen und waren äußerst freundlich gegen ihn, doch wußte Peter, mit welchen Augen sie ihn betrachteten würden, wußten sie die Wahrheit und die Korrektheit dieser Betrachtung brannte ihn wie ein ähendes Gift. Bisweilen kam die Rede auf Spittel und Verräter, dann überflogen diese Leute vor Wut und Beschimpfung, und Peter bezog jedes Wort auf sich und wurde toll vor Wut. Er verlangte ihn, ihnen eine Antwort zu geben; ungeduldig barrie er des Tages, da er sich rechtfertigen und die Not auf den Mund würde schlagen können.

(Fortsetzung folgt.)

Das Problem des Organismenlichtes.

Von Ewald Schild, Wien.

Bekanntlich danken wir alles Leben auf der Erde dem Licht, wie es uns von der Sonne zukommt, denn für unsere Erde ist der Beginn des Stoffkreislaufes mit der Einstrahlung und Umwandlung von Sonnenenergie in die lebende Pflanzenzelle gegeben. Nun kennen wir aber auch selbständige Lichterscheinungen von lebenden Wesen, Tieren und Pflanzen, die seit jeher das regste Interesse nicht nur des Fachmannes, sondern auch des Laien in hohem Grade beanspruchten. In den Sagen und Mythen vergangener Zeiten spielten ja die mannigfaltigen organischen Lichterscheinungen eine bedeutende Rolle und wurden gewöhnlich als die geheimnisvolle Neugier irgendeiner unbekannteren Macht mit Scheuer Ehrfurcht bestaunt. Heute allerdings wissen wir, daß z. B. das zauberhafte Leuchten morscher Holzstücke auf den Stoffwechsel des in ihm schmarozhenden wohlriechenden Pilzes Hallimalch zurückzuführen ist. Doch nicht bloß das Holz und die Rinde verschiedener Bäume zeigt diese Leuchterscheinung, auch fallende Laubblätter ganz verschiedener Herkunft weisen eine oft recht kräftige Lichtproduktion auf. Allerdings ist es bis heute noch nicht gelungen, den lichtzergebenden Pilz, um den es sich ohne Zweifel handeln dürfte, aufzufinden.

Von allen selbstzerzeugten Leuchterscheinungen mancher Pflanzen tritt uns aber wohl keine so häufig entgegen, wie das Leuchten gewisser Bakterien. Es sei an dieser Stelle bloß an das Leuchten des Fleischs toter Schlachttiere, an tote leuchtende Seefische usw. erinnert, deren oft ziemlich starkes Leuchten eben auf die Gegenwart gewisser Leuchtbakterienarten zurückzuführen ist. Das Leuchten der Leuchtbakterien beruht nach neueren Untersuchungen auf einem Oxydations-Verbrennungsprozeß; aber welcher Stoff eigentlich die Lichterscheinung bewirkt und welche besonderen chemischen Vorgänge ihr zugrunde liegen, ist noch unbekannt. Erwiesen ist jedoch, daß das Leuchten unter allen Umständen an die lebende Pflanze gebunden ist und sofort erlischt, falls die Bakterien getötet, oder auch nur ungünstigen Lebensbedingungen ausgesetzt werden.

Leuchtfähigkeit besitzen aber auch eine Reihe von Meeres-tieren und manche Insekten. Wir brauchen uns da nur an die bestbekannten „Laternen“ unserer Johanniswürmer zu erinnern, und wer einmal am Meeresstrande gewandelt hat, war vielleicht von dem Glück begünstigt, sich an der prächtigen Erscheinung des Meerleuchtens zu erfreuen, das auf die Anwesenheit der mikroskopisch kleinen Leuchtierchen zurückzuführen ist. Auch einige in Amerika auf den Antillen vorkommenden Käferarten besitzen die Fähigkeit, oft sehr stark zu leuchten, und A. v. Humboldt z. B. erwähnt schon, daß einige dieser Käfer, von den Spaniern Cucujos genannt, in einer durchlöchernten Kirschkastel aufbewahrt, in den Höhlen der Landbevölkerung als billige Nachtlampen in Verwendung stehen.

Über den Bau der verschiedenen Leuchtorgane in der Tierwelt sind wir nun heute recht genau unterrichtet. Anders verhält es sich aber, wenn wir uns den biologischen Zweck des Leuchtens und um seine eigentliche Ursache fragen. Wir wissen heute, welche Tiere leuchten, kennen genau den Sitz des Leuchtens und den feineren Bau der Leuchtorgane. Aber darüber, warum diese und jene Tierart leuchtet und welche inneren Vorgänge zum Leuchten führen, besteht noch immer Unklarheit. Vielfach wurde die Meinung vertreten, daß das Licht für dessen Träger von besonderem Nutzen sei. So wollte man erkennen haben, daß dadurch beispielsweise im Dunkel der Tiefsee die Nahrungssuche erleichtert, Feinde abgeschreckt, Artgenossinnen erkannt werden usw. Dabei ist aber zu bedenken, daß diese Erklärungsversuche so leicht verständlich sie auch klingen mögen, für eine ganze Reihe von Tieren, bei denen Lichtentwicklung zu beobachten ist, gar nicht in Anwendung zu bringen sind. Immerhin muß zugegeben werden, daß in manchen Fällen für die Heilung Lichtentwicklung ein besonderer biologischer Wert neben erstem Dies ist z. B. bei den Johanniswürmern der Fall, wo die Lichtentwicklung eine bedeutende Rolle während der Paarungszeit bei der Anziehung der Geschlechter spielt. Auch bei einer Reihe von Meeres-tieren, vor allem bei gewissen Meeresfischen, lassen sich ähnliche Beobachtungen machen.

Auch wenn wir den Ursachen des Leuchtens nachforschen, begreifen wir den verschiedenenartigen Annahmen. Verschiedene Physiologen haben das Organismenlicht als einen Oxydationsprozeß, der an eine reizbare, lebende Protoplasma-Substanz gebunden sei, erklärt. Immer mehr ist man aber schließlich zu der Annahme gedrängt worden, daß nicht nur Oxydation, sondern auch andre chemische Vorgänge das Leuchten hervorrufen können.

Verschiedene Forscher waren auf der Suche nach einer chemischen Leuchtsubstanz. So sollten z. B. „Luciferin“ und „Luciferase“, wie sie der französische Forscher A. Dubois aus den leuchtenden Bohrmuscheln gewonnen haben wollte, solche chemische Leuchtsubstanzen sein.

Dabei drängt sich nun unwillkürlich die Frage auf, ob es denn überhaupt einen solchen spezifischen chemischen Leuchtstoff in der Natur geben muß? Der Chemiker kennt beispielsweise eine ganze Reihe von Vorgängen, die mit Leuchterscheinungen verbunden sind. So hat schon vor laugen Jahren Radziszewski manche chemische Verbindungen gefunden, (Traubenzucker, ätherische Öle, Alkohole usw.), welche bei Gegenwart von Oxygen langsam oxydierten. Von diesen Verbindungen sind aber verschiedene Fette, ätherische Öle usw. weit verbreitete Bestandteile lebender Organismen. Warum sollen also ähnliche Reaktionen, wie sie im Laboratorium jederzeit hervorgerufen werden können, nicht auch im lebenden Organismus zustande kommen? Und tatsächlich vertritt eine solche biochemische Betrachtungsweise des ganzen Problems die endliche Austragung der auch vom allgemeinen biologischen Gesichtspunkte aus so interessanten Frage des Organismenlichtes. So steht heute schon, durch die neuesten Forschungen E. Trojans, fest, daß die Lichtentwicklung mancher Tiere eine zufällige Begleiterscheinung im Stoffwechsel des betreffenden Tieres darstellt, wobei sich nicht selten der Organismus gewisser, ihm schädlicher Abbauprodukte entledigt.

Kleine Chronik.

Der Spielplan des Arbeiterbildungsinstituts für das Jahr 1921/22.

Das Sekretariat des Arbeiterbildungsinstituts, das an anderer Stelle dieser Nummer, im lokalen Teil, nochmals genaue Angaben über die Organisation der Ausgabe der Anzeigekarten, über die Verkaufsstellen usw. macht, teilt uns mit, daß für die kommende Spielzeit auf der städtischen Schauspielbühne die folgenden Stücke für das WZ zur Aufführung gelangen sollen:

- Shakespeare: Romeo und Julia, Hamlet, König Lear. Goethe: Faust I. Teil, Faust 2. Teil, Iphigene. Schiller: Wallenstein, Kabale und Liebe, Hebbel: Maria Magdalena, Angen-gruber: Der Doppelselbstmord, Ibsen: Baumeister Solness, Shaw: Caesar und Kleopatra, Major Barbara, Kolland: Die Wölfe, Toller: Wandlung, Brust: Der jugende Fisch, Hamann: Munkens Bendi, Bedekind: Franziska, v. Unruh: Ein Geschlecht, Sternhelm: 1913.

Das WZ ist bestrebt, trotz aller Schwierigkeiten allen Anrechtstern die gleichen Stücke zu bieten. Es wird dies möglich sein, denn die Zahl der Vorstellungen wird ganz bedeutend erhöht werden. Belegt sind 78 Abende, 18 Sonntagnachmittage im Alten Theater und circa 40 Opernvorstellungen.

Über Oper und Konzerte wird später besonders berichtet werden.

Wir begrüßen es, daß das Arbeiterbildungsinstitut die neue Organisation der Anzeigekarte benutzt hat, um zu einem festen Plan seiner Theateraufführungen zu kommen. So wird sich mehr und mehr ein Spielplan erreichen lassen, der den Bedürfnissen der Arbeiterschaft entspricht, der nicht nur von dem Gesichtspunkt der Kunst ist, den Schatz dramatischer Kunst den Hörern zu vermitteln, sondern der auch Stücke enthält, die der Weltanschauung des Sekretariats besonders entsprechen, Stücke, die sonst auf dem Theater, das nach den Wünschen des bürgerlichen Publikums fragen muß, gar keine oder selten eine Statt finden. Der diesjährige Spielplan zeigt die ersten Ansätze dazu. Wir wollen hoffen, daß sie durch ernste Arbeit aller Beteiligten schon im nächsten Jahre sich kräftiger entwickeln werden. Voraussetzung dabei ist, daß die Leipziger Arbeiterschaft das Werk des Arbeiterbildungsinstituts weiter eifrig unterstützt.

Leipziger Volkstheater. (Geschäftsstelle: Johannisgasse 30.) Im Juli d. J. versprach die Leitung des Leipziger Volkstheaters anlässlich einer Propaganda-Vorstellung im Felsenkeller, das neue Institut auf dem Gedanken des „Reichsbundes der deutschen Volkstheater“ nach dem Berliner Vorbild aufzubauen und es lediglich in den Dienst der Hebermittlung besser dramatischer Kunst an die werktätige Bevölkerung von Leipzig auszugestalten. Wie wir erfahren, beginnt das Leipziger Volkstheater seine Tätigkeit am 1. September mit Hanneles Himmelfahrt von G. Hauptmann und Nathan der Weise von G. E. Lessing in Plagwitz (Felsenkeller) und Reudnitz (Drei-Möhren-Saal). Die Wahl dieser Kunstwerke soll, der Absicht der Leitung nach, jenes Versprechen zu verwirklichen beginnen, soll die pro gram m a t i s c h e Linie ausweisen und besagen, daß hier mehr als bloß unterhaltendes Theater angestrebt werden soll. Man teilt uns mit, daß sich zur Organisation des Leipziger Volkstheaters bisher etwa 6000 Mitglieder gemeldet haben. Es wird sich erweisen, wie weit die Leitung ihr Versprechen in die Tat umzusetzen imstande sein wird.

Städtische Theater. Donnerstag, den 11. August, gelangt das Singpiel Es zog ein Bursch hinaus zum 25. Male zur Aufführung. — Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Aufführung am kommenden Sonnabend im Neuen Theater um 7 Uhr beginnt.

Eingelaufene Schriften.

- Leitsätze und Statuten der Kommunistischen Internationale. Verlag der Kommunistischen Internationale, Auslieferung Karl Hoym, Nachf. Louis Cahnbien, Hamburg 11. Preis 2.50 Mk.
- Der Neue Merkur, Monatshefte. Verlag der Neue Merkur, München, Theresienstraße 12. Preis Einzelheft 5.50 Mk. Karl Kadel, der X. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands. Verlag Franke, G. m. b. H., Leipzig. Preis 50 Pfg.
- A. Lojowski, Der Internationale Rat der Fach- und Industriebereiche (Moskau gegen Amsterdam). Verlag der Kommunistischen Internationale, Auslieferung Karl Hoym, Nachf. Louis Cahnbien, Hamburg 11. Preis 2 Mk.
- Der I. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen in Moskau vom 2. bis zum 19. März 1919. Verlag der Kommunistischen Internationale, Auslieferung für Deutschland: Karl Hoym, Nachf. Louis Cahnbien, Hamburg 11. Preis 6 Mk.

Wohn und Baluta.

Dank der Milliardengehälter unserer famosen Regierung an die Agrarier, die schon während des Kriegs brutaler und unerschämter als die schlimmsten Wucherer waren, die Gelecke umgingen, wo sie umgangen werden konnten, das Volk hungern lassen und den Kriegsgewinnern gegen die Bezahlung die Bünde stopfen, durch dieses gewissenlose Treiben in erster Linie die Niederlage des ausgehungerten Reiches verschuldeten, hat sich der Reichsrat gezwungen gesehen, eine Erhöhung des Brotpreises anzukündigen. Zwar wurden noch keine Zahlen genannt, doch hat ja Herms, der nicht minder famose Ernährungsminister der großen deutschen Republik, bereits angedeutet, was man zu erwarten hat.

Ein Brot, das bei der Unerforschlichkeit der Wucherpreise für Fleisch und neue Kartoffeln, die den Großwäskern auf dem Lande als Mittel zur Ausbeutung der Masse in den Städten nicht genügen, heute die Hauptnahrung in Arbeiterhütten und Angestelltenwohnungen bildet, soll demnach 7,50 Mark kosten und da die „amtlich zugebilligte Ration“ bekanntlich kaum genügt, selbst bei Vorkauf von Kartoffeln die hungrigen Käufer zu stopfen, so soll künftighin „gemäßigt“ gestattete sein, auch Brot ohne Brotkarten zu kaufen. Indessen: der Herr Bauer zwischen seinen Geldsäcken ist mit den ausgekauften 2,50 Mark aus den jetzigen Brotpreisen nicht zufrieden und er banprücht für das Mehl im freien Handel, aus dem die marklosen Brote hergestellt werden sollen, Ueber-Balutapreise, wie er solche ja auch für Fleisch und Kartoffeln nimmt.

Wenn Regierung und Reichsrat hören würden, welcher Schrei der Entrüstung durch die Millionen von Arbeitern und Angestellten geht, denen auf diese Weise jede Lohnerhöhung illusorisch gemacht wird! Einer mehrköpfigen Familie ist es einfach unmöglich, diese Lasten zu tragen. Denn ohnehin macht sich allenthalben wieder ein Anzeichen der Prelle auf allen Gebieten bemerkbar, während die Unternehmer vielfach schon mit dem Gedanken eines Lohnabbaues liebäugeln.

Wo soll das hin führen? Das hätte sich nie und nimmer ein deutscher Proletariat in den erbebenden Tagen des Novembers 1918 träumen lassen, daß man schon knapp drei Jahre später mit ihm und seiner darbenenden Familie Schindluder spielen würde. Denn das, was der Reichsrat jetzt verschämte und durch die Blume ankündigt, ist nichts anderes als eine Verhöhnung des arbeitenden Volkes, ein Schlag ins Gesicht derer, die sich ausbeuten lassen müssen, weil eine Klinkerregierung in die Taschen bevorzugter Kreise postifiziert. Und es ist eine himmelschreiende Schandtat der Scheinsozialisten in den Ministersejeln und im Parlament, daß sie erst kürzlich wieder aus Angst vor dem kommunistischen oder bürgerlichen Popanz ihre sozialistische Gesinnung, — soweit sie noch davon einen Teil besitzen — verleugneten und die Bildung eines reinsozialistischen Kabinetts verhiinderten, jetzt aber zu all diesen grotesken Maßnahmen eines reaktionären Wechselbades „Ja“ und „Amen“ sagen.

Der amerikanische Stahlindustrielle Schwab hielt kürzlich auf einem Bankett eine Rede, in der er von schlaflosen Nächten sprach, weil die Deutschen ihre Industrie-Erzeugnisse zu Schleuderpreisen auf den Weltmarkt wüfien. Er spielte auch auf die Hundelöhne in Deutschland an, doch wurde das in der bürgerlichen Presse nicht erwähnt. Man stellte es lediglich so dar, als arbeite der deutsche Arbeiter billiger und besser. Der Inhaber einer amerikanischen Konfektionsfirma, der kürzlich Europa bereiste, veröffentlichte in der amerikanischen Unternehmerpresse einen Reisebericht, in dem es hieß: „Die Wöhne in Deutschland liegen tief unter den amerikanischen, so daß der amerikanische Industrielle sehr wohl in Deutschland arbeiten lassen und die Konfektion mit gutem Nutzen auf dem amerikanischen Markt verkaufen könnte.“

Im Geldverdienen und Ausbeuten armer, nur auf ihrer Hände Arbeit angewiesener Volksgenossen sind die Kapitalisten aller Länder einig und es besteht kein Grund, anzunehmen, daß die amerikanischen Geldsäcke die für die „künftigen“ Lohnverhältnisse in Deutschland nicht wahrnehmen werden. Nichts beweist aber mehr als dies den Zerstörn unserer ganzen Lohngestaltung.

Mit Ausnahme vielleicht der Mieten und der Zeitungen — abgesehen von gewissen großkapitalistischen, die es eben „konnten“ — ist heute in Deutschland alles auf den Weltmarktpreis eingestellt, namentlich soweit es sich um Nahrungsmittel und um Dinge für den täglichen Gebrauch handelt. Einige Branchen — Möbel und Kleidung — warten nur auf die Möglichkeit, Verkauftes auf dem Lauf zu den höchsten Preisen nachzuholen, und an der Spitze der ganzen Clique marschieren natürlich unsere „biederer“ Agrarier, die die Baluta durch Verdoppelungsbriellen betrachten. So sind nahezu alle Voraussetzungen gegeben — wenn nicht mehr, als nötig! — daß Arbeiter und Angestellte Anspruch auf zeitgemäße oder, was dasselbe ist, valutagemaße Bezahlung haben.

Das Drücken der Preise auf dem Weltmarkte durch die Industrie ist nur dadurch möglich geworden, daß man die Arbeiter- und Angestelltenlöhne auch heute noch mit Schindludhnen entlohnt. Der Angestellte und Arbeiter wird von der Unternehmerrschafft glatt um den Wert seiner Arbeitskraft gebracht und dies benutzt der Unternehmer, um als Schleuderer im Handel und Wettbewerb aufzutreten und sich die eigene Tasche zu füllen. Man schaue sich einmal den Luxus in den „vornehmen“ Teilen unserer Industriestädte an, und man wird sehen, wo der Wert einer schmähtich ausgekauften Volkskraft bleibt. Man blide einmal hinein in das Elend der Arbeiter- und Angestelltenwohnungen, man betrachte einmal die Nehenkünste mancher braven Frau, die mit dem Zammerlohn ihres schwer schustenden Mannes auskommen muß, und man wird die Größe des Verbrechens ermessen können, die durch räufichtstolze Ausbeutung am arbeitenden Volke begangen wird.

Das Neuyorker Arbeitsbureau hat vor einiger Zeit bekanntgegeben, daß eine Familie von fünf Personen jährlich, zum Leben 2333 Dollar benötigt. Dieses Existenzminimum entspricht einem deutschen Einkommen gegenwärtig von mehr als 150 000 Mark. Mag Amerika ein teures Pfaster sein, Deutschland ist es nicht minder (oder noch mehr!) und wie hoch stellt sich das Durchschnittseinkommen eines deutschen Arbeiters und Angestellten? Es müßte sich, wollte man die überhaupt eingetretene Weltenerung ganz übersehen, bei 2000 Mark Friedenslohn und der jetzigen Baluta auf das 15fache stellen, also auf mindestens 30 000 Mark per Anno!

Solange die Arbeiterschaft, Kopf wie Handarbeiterschaft, nicht durchgesehen hat, daß diese Gesichtspunkte bei der Lohngestaltung maßgebend sein müssen, solange werden in Deutschland Millionäre wie Sumpfpflanzen aus feuchtem Wiesenboden heranwachsen, Arbeiter darben, Kinder dahinstehen. Solange werden Lohnkämpfe sein!

Freilich bei dem famosen Dazwischengreifen unserer Regierung selbst bei den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft wird noch manche heftige Auseinandersetzung vordüden sein. Die scheinsozialistischen Kommunisten schlagen der Arbeiter- und Angestelltenlöhne durch ihre Vermittlungstätigkeit ins Gesicht und die Schiedsgerichtsurteile bleiben eine Farce, solange sie den Forderungen auch nur einen Teil ihrer Forderungen zum Vorteil der Unternehmer streichen.

Der Unternehmer, der beim Abjah seiner Produkte so schön zu berechnen weiß, wie hoch sich der Preis valutagemäÙ zu stellen hat, muß endlich einsehen lernen, wie hoch auch die Herstellung valutagemäÙ zu bewerten ist. Das sei das Ziel aller Klassenbewußten Arbeiter und Angestellten, das die Forderung des Tages, das der Zeitstern bei kommenden Wahlen. Jede Arbeit sei ihres Lohnes wert!

Das 2. Arbeiter-Turn- und Sportfest in Dresden.

100 000 Festbesucher.

Schon am Sonnabend früh trafen die auswärtigen Turner und Turnerinnen mit geschmückten Extrazügen aus allen Gegenden Sachsens in Dresden in großer Zahl ein. Vom Erzgebirge, aus der Lausitz, aus dem Vogtlande, die Leipziger und Chemnitzer Turner, alle waren gekommen, um an dem Ehrentage der freien Turner Sachsens ihr Bestes mit beizutragen. Die böhmischen Turner und Turnerinnen von Aussig, Hshorau, Zuckmantel, Ober-Seutendorfer, Bittin und wie die vielen Orte heißen, hatten es sich nicht nehmen lassen, dem Ruf zur Teilnahme zu folgen, trotz der Grenzschwierigkeiten. Auch eine ganze Zahl tschechischer Turner und Turnerinnen in ihrer kleidsamen Tracht der roten Hemden, braunen Hosen mit roten Kappis, halfen das Fest verschönern. Allen ausländischen Turnfreunden gebührt der Dank.

Der Sonnabend war der Tag der Kinder. Sie sollten in Massen zeigen, was sie gelernt. Aus Dresden und seiner Umgebung waren sie herbeigeströmt. Der Kaiser-Wilhelm-Platz war der Stellplatz. Zug um Zug trat mit Musik, Trommler- und Pfeilerkorps hier ein. Pünktlich setzte sich der Festzug der Kleinen in Bewegung, um nach dem Maunplatz zu marschieren. In musterhafter Ordnung zog die Schar der 3500 Kinder durch die Königstraße, Albertplatz, Maunstraße nach dem prächtig geschmückten Festplatz. Die hellste Begeisterung strahlte aus den strahlenden Kindergesichtern, als sie vor zirka 6000 Zuschauern ihre Freilübungen zeigen konnten. Die Stabübungen von 1000 Mädchen waren ein schönes Zusammenarbeiten von Vorturnenden und Ausführenden. Die Musik gab den Rhythmus. Noch besser fielen die Stabübungen, ebenfalls mit Musikbegleitung, der 1500 Knaben aus. Der Kreis-Kinderturnwart leitete beide Übungen mit guter Auffassung und bester Schwungkraft. Beide Freilübungsarbeiten zeigten die mühevollen Arbeit von allen Vereinen. Ein Lob den Kindern. Stafetten und Spiele der Knaben, Spiele und Volkstänze der Mädchen schlossen die Aufführungen.

Hell und klar zog am Festsonntag die Sonne ihre Bahn. Es war der Haupttag der Festaufführungen. Schon am frühesten Morgen waren die Massen auf den Festplatz gezogen, um die Darbietungen in ihren festlichen Eindrücken genießen zu können. Von früh 6 bis 10 Uhr war das Wetturnen. Was hier geleistet wurde, grenzte geradezu ans Fabelhafte. Man bekam Übungen zu sehen, die in ihrer sorgfältigen und lauberen Ausführung nichts zu wünschen übrig ließen. Die Resultate werden gewiß einer näheren Würdigung vorbehalten bleiben müssen. Der Nachmittag war der höchste Glanzpunkt des Festes. Er wird jedem unvergessen bleiben. 12½ Uhr trafen die Vereine der Bezirke Sachsens auf dem Wiener Platz von ihren Standquartieren aus zum Stellen des Festzuges ein. Der Festzug, in Achterreihen geordnet, bot in seiner einfachen und schlichten Art ein imponantes Bild unserer Turnbewegung. Turnerinnen sowie Turner hielten eine musterartige Marschdisziplin, die auch durch das zuschauende Publikum sehr anerkennend beurteilt wurde. Im Festzuge, der ungefähr 20 000 Teilnehmer zählte, wurden noch drei festlich geschmückte, die Symbolik der Körperkultur darstellende Festwagen mitgeführt. Segen 150 Fahnen kennzeichneten die einzelnen Bezirke und Vereine. Der Chemnitzer Bezirk trug einen Wald von Fahnen seinen Mitgliedern voran und erregte dadurch die Aufmerksamkeit der Zuschauer, die öfter in spontanen „Frei-Heil“-Rufen zum Ausdruck kamen. Den Festzug säumte von Anfang bis Ende eine Kopf an Kopf gedrängte Menschenmasse ein und am Schluß desselben ergoßen sich denn diese Menschenwogen, dem Festzuge sich anschließend, auf den Festplatz. Hier herrschte bereits ein überaus reges Leben und Treiben. Zu vielen Tausenden hatte sich die Dresdner Arbeiterschaft, dem Appell des Hauptauslaufes und der Arbeiterpresse folgend, zusammengesunden und erwartete den Festzug. Nicht endenwollende „Frei-Heil“-Rufe empfingen hier die Turnerinnen und Turner und Sportler. Der Zug bewegte sich unter den Klängen der zahlreichen Musikpavillons und den Gesängen der freien Turner-Lieder um den Festplatz und stellte sich dann zu den Massen-Freilübungen auf. Inzwischen hatten sich die beiden großen Tribünen bis auf den letzten Platz gefüllt. Viele Tausende und aber Tausende von Zuschauern umfüllten den gewaltigen Platz und genossen das überaus prächtige turnerische Schauspiel. In 80er Reihen marschierten 9000 Freilübungsturner auf. Wie auf ein Zeichen sich ihrer Kleidung entledigend, standen sie in blendendem Weiß da. Die geturnten Freilübungen setzten Zeugnis ab von fleißigem Leben und Können der sächsischen Vereine. Nach diesen traten 4500 Turnerinnen in einheitlich geschmückter Turnkleidung auf den Plan und boten ebenfalls dem Publikum durch ihre wirkungsvollen rhythmischen Freilübungen, die an exakter Ausführung nichts zu wünschen übrig ließen, ein überaus belebtes turnerisches Bild. Im weiteren Verlauf des Festprogramms folgten 400 Dresdner Arbeitersportler einen Spielauf mit anschließenden Sportübungen auf.

Die Sonderaufführungen der Bezirke, sowie der Turngenossen aus Deutsch-Böhmen und der Tschecho-Slowakei, die ganz besonders die Eigenheiten der einzelnen Bezirke erkennen ließen, fanden den ungeheuren Beifall der Festbesucher. Was hier am Varen, Verb, an Stab, Keulen- und Freilübungen zur Schau gebracht wurde, war zweifellos musterartig und zeugte von den edlen Zielen der Körperkultur und dem Aufwärtstreben der Arbeiter-Turnbewegung.

Während des ganzen Tages wickelten sich auf der Rundbahn die leichtathletischen Wettkämpfe, wie Stabhochsprung, Spors- und Diskuswurf, olympische und schwedische Stafetten und sportlicher Fahrkampf ab, deren Resultate an anderer Stelle folgen. Mit Stolz können die Arbeiterturner auf ihre Leistungen schauen. Das Motto leuchte den freien Turnern immerdar: „Durch Kampf zum Sieg!“

Am dritten Tage nahmen programmäßig die Aufführungen ihren Fortgang. Das Keulenschwingen der Turner lief sehr gut aus. Die Gleichmäßigkeit blieb bei allen vier Übungen gewahrt. Die Massenaufführung gehört an die Spitze der besten Festaufführungen. Die Hantelübungen der über 35 Jahre alten Turner fielen ebenfalls recht gut aus. Nur wenig gab es auszulassen. Unter großem Beifall konnten die Keulenschwinger wie die Hantelübenden den Platz verlassen. Kreisturnwart Kraft-Chemnitz hatte mit diesen Übungen einen vollen Erfolg erzielt. Dessen Erfolg hätten wir gern am Sonntag erlebt, wo eine veltausendköpfige Zuschauermenge den Platz einnahm.

In das turnerische und sportliche Programm des Kreisfestes brachten die Turnspiele bunte Abwechslung. Wie den andern Darbietungen wurde auch ihnen seitens der Zuschauer reges Interesse entgegengebracht. Im Vordergrund stand unser altes Faustballspiel. Obwohl bei diesem Spiel der Kampfmoment Mann gegen Mann nicht in Frage kommt, erfordert es doch vom Spieler ein gut Teil Geschicklichkeit und Sicherheit im Schlagen sowie Ballberechnung bei Wefßballen. Der Kampf war mitunter recht hartnäckig, und es wurde den Partelen recht schwer gemacht, einige Punkte Vorsprung zu gewinnen oder auszuholen. Ledder leistete sich gerade bei diesem Spiel der Wind manchen Schabernack mit den Eisernen. — Auch das Schlagballspiel fand seine Anhänger. Die geleisteten Schläge waren mitunter großartig und riefen die Zuschauer zu lauten Rufen der Bewunderung hin. Die Felder waren so aufgebaut, daß die Schlaapartei den Wind im Rücken hatte, und so erwies sich hier der Wind als williger Helfer zu weiten Schlägen. — Als Neueinführung wurde vor breitetester

Öffentlichkeit das Kaffballspiel geboten. Der Spielgedante ist dem Fußballspiel entnommen, an das sich auch die Regeln anlehnen. Der kleinere Ball wird an Stelle des Fußes mit der Hand gespielt. Die begeisterte Ausnahme des Spiels bei Publikum und Spielern hat seine Existenzberechtigung zur Genüge bewiesen. Leider sind die Spielregeln noch nicht richtig durchgearbeitet, was manche unliebsame Ausschreitungen der Spieler verschuldet. Abgesehen von diesen Mängeln ist Kaffball wohl das Körper und Geist am meisten anregende Spiel unserer Turnspiele.

Resultate der Turnspiele. Faustball: Neustadt-Cokmannsdorf 30 : 50, Rähnitz-Cokmannsdorf 36 : 42, Welschhufe-Dresden-Plauen 54 : 62, Sörnewitz-Schachwitz 105 : 90, Wilsch-Burkhardtisdorf 96 : 104, Leipzig-Cutrishsch-Zittau 108 : 84, Döbeln-Chemnitz, 4. Abteilung 105 : 102, Ebersbach-Cokmannsdorf 59 : 51, Leipzig-Cutrishsch-Burkhardtisdorf 80 : 72, Sörnewitz-Döbeln 84 : 80. — **Tamburinhall (Turnerinnen):** Leipzig-Connewitz-Cotta 119 : 104, Leipzig-Connewitz-Chemnitz, 4. Abteilung 113 : 88. — **Schlagball:** Striesen-Leipzig-Cutrishsch 66 : 22, Oberplanitz-Leipzig-Cutrishsch 41 : 66. — **Kaffball:** Rähnitz 1 (Schüler)—Neustadt 1 (Schüler) 11 : 0, Rähnitz II (Schüler)—Wilsdruff I (Schüler) 5 : 0, Gittersee-Schachwitz 3 : 12, Chemnitz, 6. Abteilung-Franzeuth 8 : 3, Rähnitz-Mittweida 12 : 2, Chemnitz, 6. Abteilung-Leipzig-Wahren 3 : 3 (abgebrochen), Hshachwitz-Rähnitz 6 : 2, Leipzig-Wahren-Schachwitz 5 : 0, Hshachwitz Kreismeister.

Im Ausstellungspark und in den Ausstellungssälen gab es von abends 7 Uhr an fröhe und genussreiche Stunden. Die Feiereis-Kapelle wartete mit einem vorzüglichen Musikprogramm auf. So mancher Genosse und so manche Genossin hatten ein solches Konzert noch nicht gehört. Der Festauslauf hatte mit diesem Arrangement einen außerordentlich glücklichen Griff getan. Wieder gab es Frauen- und Männerchöre zu hören. Diesmal vom Dresden-Neustädter Volksmänner- und Frauendorf unter Arno Wagners Leitung. Allen Gefängen folgte der lebhafteste Beifall. Von den turnerischen Aufführungen verdienen die Nachfreilübungen von der freien Turnerschaft Klotzsche lobend hervorgehoben zu werden. In dieser Ange lag eine Uebuna, wie man sie nur wenig antrifft. Das war ja fast bei allen Bewegungen ein Guß. Ein tschechischer Beifall begleitete die abtretende Mannschaft. Auch die freie Turnerschaft Meissen und die freien Turner von Großsuga boten Anerkennenswertes, das mit Beifall belohnt wurde. Worte des Dankes an die Ausschüsse, denen das Gelingen des Festes in erster Linie zuzuschreiben ist, sowie Dank an die Arbeiterschaft, die das Fest so lebhaft unterstützte, hatete der Kreisvertreter ab, dabei anfordernd, im Sinne der Arbeiterturn- und Sportbewegung und im Sinne der allgemeinen Arbeiterbewegung allezeit in Treue weiterzuarbeiten. Der Bundesvorsitzende kennzeichnete die herrlichen Erfolge, die ein Vordwärts in jeder Beziehung ausdrücken, nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ. Zum Bundesfest 1922 in Leipzig wird ein weiterer Fortschritt zu verzeichnen sein. In diesem recht lebhaft mitzuarbeiten, sei die schönste Pflicht aller Genossen und Genossinnen. Mit dem Rufe: Auf zu weiterer Arbeit, zum Kampf, zum Sieg! schloß der Bundesvorsitzende, dessen Rede wie die des Kreisvertreter mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde.

Wie schnell sind die Stunden der Festesfreude, die man seit Monaten und Wochen herbeigesehnt, enteil! Wie rasch wechselten die Eindrücke, die während der Festtage empfangen wurden, zu deren Vorbereitung aber mühevollste Tages- und Nachstunden gehörten! Nichts als die Erinnerung bleibt, die aber eine Liebe, eine dauernde sein wird.

Gerichtssaal.

Reichsgericht.

Ehemalige russische Kriegsgefangene als Kirchendiebe. Das Landgericht Breslau hat am 4. Mai die ehemaligen russischen Kriegsgefangenen Arbeiter Tscherbakoff und Gusseloff wegen mehrerer schwerer und einfacher Diebstähle zu 3 Jahren 6 Monaten, bzw. 3 Jahren Gefängnis verurteilt, außerdem den Schulmacher Richter wegen Hehlerei zu mehreren Monaten Gefängnis. Die beiden Russen haben aus mehreren ländlichen Kirchen eine Anzahl silberner und vergoldeter Kirchengeräte gestohlen, ferner aus Fabrikbetrieben eine Anzahl Treibriemen. Die Kirchendiebstähle wurden in der Weise ausgeführt, daß Tsch. die gestohlenen Sachen unter seinen Kleidern versteckt und, als er mit dem draußen wartenden G. wieder zusammentraf, diesem vorgelegen, er habe nichts brauchbares gefunden. G. hat dann erst, als beide festgenommen waren, erfahren, daß kein Genosse auch in dem erwähnten Falle einen vollendeten Diebstahl begangen hat. Der Mitangeklagte Richter hat für einen der Russen den Verkauf von Treibriemenleder vermittelt und dafür eine Vergütung von 20 Mk. erhalten. Er hat annehmen müssen, daß es sich um gestohlenen Leder handelte. Gegen das Urteil hatten die drei Angeklagten Revision eingelegt. Von den erbobenen Klagen war nur die des G. bemerkenswert. Er meinte nämlich, er hätte in dem Falle, in welchem Tsch. ihm seine Beute verschwiegen hätte, nur wegen verdächtig, nicht wegen vollendeten Diebstahls verurteilt werden können. Da aber Gemeinschaftlichkeit vorlag, so ist er mit Recht ebenso wie Tsch. verurteilt worden. Auch die Klagen der beiden Mitangeklagten waren haltlos, und das Reichsgericht v e r w a r f deshalb die Revision der drei Angeklagten als unbegründet.

Wegen vollendeten und verübten Totschlags ist vom Schwurgericht Glogau am 21. Juni der Landwirt und Tischler Paul Jeron zu 13 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt worden. Er hat im Februar 1921 zu Jedlitz, Kreis Steinau a. d. Oder, den Stellendesther Karl Wilhelm Scholz vorfindlich, aber ohne Ueberlegung getötet und den Besuch gemacht, die Ehefrau Pauline Scholz zu töten. Er hatte Revision gegen das Urteil eingelegt und rügte, daß ein von ihm gestellter Beweisantrag vom Untersuchungsrichter abgelehnt worden ist. Außerdem behauptete er, seine Frau und seine Schwiegermutter hätten in der Hauptverhandlung falsch ausgesagt. Da eine Gefehsverletzung nicht vorlag, v e r w a r f heute das Reichsgericht die Revision als unbegründet.

Ein Diebstahl in Böhmen und ein Schnapschwüdel in Sachsen beschäftigten heute das Reichsgericht. Das Landgericht Plauen hat am 1. April den Geschäftsgesellen Max Biedel wegen verbotener Einfuhr von Spirituosen zu sieben Monaten Gefängnis und 12 678 Mk. Geldstrafe verurteilt. Außerdem die Mitangeklagten Mädel und Herold wegen gleichen Deliktes und schweren Diebstahls zu je einem Jahre Gefängnis und je 12 678 Mk. Geldstrafe, endlich den Mitangeklagten Teiler wegen Betruges zu zwei Monaten Gefängnis. Die Angeklagten sind bis auf Biedel, der Angehöriger der Tschecho-Slowakei ist, Sachsen und beziehen Arbeitslosenunterstützung. Sie haben in einer böhmischen Orte, nahe der Grenze, aus einer Gastwirtschaft etw. Fäß mit Rum und eine Kiste mit Kognak gestohlen. Nachdem diese Flüssigkeiten über die Grenze gebracht waren, wurden mehrere Fässer mit einem Bleigefäß unterhalb des Spundloches gefüllt. Dann wurden diese Fässer mit Wasser und das Bleigefäß mit Rum versehen. Hiermit wurden dann mehrere Gastwirte betrogen, die in den Glauben versetzt worden waren, die Fässer seien völlig mit Rum gefüllt. Die von den Angeklagten Biedel, Herold und Teiler eingelegte Revision wurde heute vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.